

# Politik aktuell

**Große Koalition – wohin?**  
**Infos aus jugendpolitischer Sicht**





**Go east – again.** Der Landesjugendring tritt in seine eigenen Fußstapfen. Doch alles ist neu und wird anders: kein Aufguss – sondern ein Neuanfang. Im Rahmen der Städtepartnerschaft zwischen St. Petersburg und Hamburg plant der Landesjugendring, die eigene Tradition überverbandlicher Jugendbegegnungen neu zu beleben. Bereits 1960 – zu einer Zeit also, die noch vom »Kalten Krieg« zwischen Ost- und Westblocksystemen gekennzeichnet war – startete der Hamburger Jugendring (Vorläufer des heutigen LJR) das Novum eines Jugendaustausches mit dem damaligen Leningrad gegen viele politische Widerstände. Der Austausch bewährte sich über alle ideologischen Gräben hinweg als eine Maßnahme der »Aussöhnungspolitik« (wie es damals hieß) und des Kennenlernens jeweils anderer Gesellschaftssysteme und ihrer jungen Menschen. Die Verbindungen nach Leningrad resp. St. Petersburg erloschen erst Anfang der 90er Jahre. Nun stehen die Zeichen auf Neuanfang. Mit dem »Runden Tisch« in St. Petersburg, einer offenen Institution von Nicht-Regierungsorganisationen, ist ein erster Kontakt geknüpft, der zur Basis des Jugendaustausches ausgebaut werden soll. In einem ersten Treffen der Jugendverbände im LJR, Anfang Januar, wurden Informationen der Verbände über ihre bestehenden Kontakte nach Russland ausgetauscht und weitere Schritte zur Realisation überverbandlicher Austauschmaßnahmen angedacht. Geplant ist für 2006 eine Reise von acht Delegierten der Hamburger Jugendverbände nach St. Petersburg, um die dort entstandenen neuen Strukturen und Organisationen der Jugendarbeit kennen zu lernen. In 2007, dem Jahr des 50sten Geburtstages der Städtepartnerschaft zwischen St. Petersburg und Hamburg, soll ein Gegenbesuch einer Petersburger Delegation erfolgen. Für weitere Informationen zum Jugendaustausch mit St. Petersburg ist Maren Riepe (Tel. 31 79 61 15, [maren.riep@ljr-hh.de](mailto:maren.riep@ljr-hh.de)) die Ansprechpartnerin beim LJR.

## Kommentar

### 3 Risse im Fundament

*Hans-Jürgen Plate, LJR-Vorsitzender*

#### Titelthema:

Große Koalition - wohin?

Infos aus jugendpolitischer Sicht

### 4 Die Hamburger in Berlin

Hamburger Bundestagsabgeordnete im Überblick

### 12 Die Bundesministerin und ihre Staatssekretäre

### 13 Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

### 14 Große Koalition – wohin?

#### Die Jugend ist ein zentrales Thema im Koalitionsvertrag

*Nicolette Kressl, SPD*

### 15 Für eine starke Kinder- und Jugendpolitik

*von Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren des Landes Schleswig-Holstein*

### 16 Weder genug Mut noch Menschlichkeit

Zur großen Koalition von Union und SPD  
*Christoph Butterwegge, Uni Köln*

## Nachrichten ...

### 17 Das Wochenende der antirassistischen Adoptivenkel

*Oskar Piegsa, FREIHAFEN/respekt\* AK*

### 18 Fortgesetzte Irritationen

Nachwahl zum Jugendhilfeausschuss Harburg

### 19 Komplettiert: der neue Vorstand des Landesjugendringes Hamburg

Vollversammlung wählt Rike Rosa Bracker (SJD – Die Falken) in den Vorstand

#### Ausbildung zum/r Jugendleiter/in

LJR-Seminare 2006

## Impressum

**punktum** ist die vierteljährliche Publikation des Landesjugendringes Hamburg e.V. Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

**Redaktion:** Jürgen Garbers **Layout und Gestaltung:** Raul Roßmann

**Photos:** (soweit nicht namentlich gekennzeichnet): Jürgen Garbers (LJR). **V.i.S.d.P.:** Anne Fritzier c/o LJR, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg. Preis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

**Verlag:** Landesjugendring Hamburg e.V.; Güntherstr. 34, 22087 Hamburg; Tel.: 31 79 61 14; Fax: 31 79 61 80; [info@ljr-hh.de](mailto:info@ljr-hh.de); [www.ljr-hh.de](http://www.ljr-hh.de). **Auflage:** 2.100 Exemplare

**Druck:** Nehr & Co. GmbH, Antonie-Möbis-Weg 3, 22523 Hamburg; gedruckt auf umweltfreundlichem Papier.

## Risse im Fundament

**Die Kräfte der Kostenspirale.** Die Pisa-Studien haben es belegt: in einem der reichsten Industrieländern der Welt gibt es eine klare Zwei-Klassen-Bildungsgesellschaft! Kinder und Jugendliche aus »reichen« Verhältnissen haben es leichter, einen höheren Schulabschluss zu erreichen. Die Selektion beginnt schon im Kindergarten. Durch hohe Kostenbeiträge ist es nicht allen Kindern möglich, einen Kindergarten zu besuchen. So verpassen viele schon früh die Möglichkeit der Integration und des Lernens im Umgang mit Anderen. Für Hartz-IV-Empfänger gibt es Zuschüsse, die auch wichtig sind; aber was ist mit denen, die über Einkommen verfügen und doch nicht genug haben? Dann ist es kaum zu machen. Danach kommt die Vorschulgebühr. Auch nicht von schlechten Eltern. Später noch das Büchergeld ... Auf der Kostenspirale des Bildungssystems wirken Zentrifugalkräfte, die Kinder und Jugendliche aus »nicht-reichem« Hause schnell aus der Bahn tragen können.

**Nächste Stationen.** In der Schule hast du keine Chance, wenn du keine Eltern hast, die es sich leisten können, dich bis zum Abitur auf die Schule zu schicken. Die neue Ganztagschule soll dem abhelfen. Die Schulen bekommen Geld, um ihre Kantinen umzubauen. Aber es gibt keine einheitlichen Regeln, was im Nachmittagsunterricht vermittelt werden soll. Es gibt offene, verbindliche oder Mischformen. Angeboten werden Sport oder Nachhilfe – aber auch viele Dinge, die die Welt nicht braucht.

Falls du es durch glückliche Umstände doch schaffst, ein gutes Abitur zu machen, und nun denkst »Ich will raus, ich will mehr«, dann kommt es nun ganz dick. An der Hamburger Uni gibt es nicht nur ziemlich heftige Zulassungskriterien, jetzt kommen auch noch die Studiengebühren hinzu. Die nächste Drehung auf der Kostenspirale – mit ungewissem Ausgang für »normale« Studenten: Bafög gibt's nicht, deine Eltern haben ja Arbeit. Aber ca. 1.000 Euro Studiengebühren im Jahr schlagen durch. Wie kompensieren? Wer nebenher jobben will, braucht Glück auf dem engen Arbeitsmarkt. 85 Euro pro Monat allein für die Studiengebühren pro Monat, hinzu kommen noch die Kosten für Literatur, Skripte etc..

**Hallo,** merkt noch jemand die Einschläge?! Von wegen alle Menschen sind gleich. Gleich, gleicher, am gleichesten. Es wird eine Selektion im Bildungssystem durchgeführt, die ihresgleichen sucht. Eine Selektion, die zur Folge haben wird, das Menschen aus »normalen« Verhältnissen, die eine kritische Sicht gegenüber manchem haben, der Zugang zu den Universitäten nur unter größten Mühen noch möglich sein wird. Und ebenso hart trifft es Studierende, die sich nicht allein für den verordneten Lernstoff interessieren, sondern sich jenseits der Uni sozial engagieren wollen. Das stromlinienförmige Studium verlangt die Fokussierung auf das schnelle Durchkommen. Wer dagegen viel Zeit für ein Ehrenamt aufwendet, dem drohen als »Langzeitstudenten« beträchtliche Studiengebühren.

Aber sind es nicht gerade diese Studenten mit sozialem Engagement, die sich auch in unseren Verbänden engagieren? Durch ihr Ehrenamt tun sie viel für unsere Zukunft: sie arbeiten mit Kindern und Jugendlichen aus

allen sozialen Schichten! Hier gibt es noch die Möglichkeit, verschiedene Schichten miteinander zu vernetzen und Verständnis für den Anderen zu erlernen. Wenn nun aber diese Ehrenamtlichen unter dem Druck der Studiengebühren ihre Zeit anders einteilen müssen, ist es wohl kaum zu verhindern, dass wir unsere Arbeit auf weniger Schultern als bisher verteilen müssen.

**Abhilfe gesucht.** Es muss uns darum gehen, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um unsere Leute zu unterstützen. Eine Anerkennung ihrer ehrenamtlichen Arbeit bei der Vergabe von Studienplätzen wäre eine gute Möglichkeit, um unsere Mitarbeiter am Standort Hamburg zu halten. Zudem wäre es wünschenswert, wenn die ehrenamtliche Arbeit auch abzugsfähig bei der Studiengebühr wäre, um die geleistete Arbeit und zukünftige Arbeit zu stärken und zu stützen. Dass diese Forderung ein schwieriges Unterfangen ist, ist wohl klar. Aber wie bei jeder Gebührenregelung wird es wohl auch hier Ausnahmeregelungen, Härtefälle etc. geben. Wir müssen unsere Arbeit ins Bewusstsein der Entscheidungsträger bringen. Schließlich bilden wir Verbände mehr Führungspersonen in Form von Jugendgruppenleitern aus als irgendein Unternehmen in Hamburg. Jugendgruppen sind in der Leitkultur für Unternehmungsführung immer noch ein Vorbild. Ein Jugendgruppenleiter ist geschult in den Grundlagen der Personalführung und Gruppendynamik. Er/Sie ist in der Lage eine Gruppe zu motivieren, versteht es, Ziele zu formulieren und auch zu erreichen. Diese Fähigkeiten befähigen unsere Leute auch im späteren Berufsleben, sich in Unternehmen besser zu profilieren. Ein so vorgebildeter Mitarbeiter ist besser in der Lage, eine Gruppe zu führen. Dies wird an der Uni nicht unbedingt gelehrt. Oder gibt es etwa z.B. viele Chemiestudenten die Personalführung lernen?!

Natürlich müssen wir dafür auch etwas ändern. Was genau von uns erwartet wird, um solche oder ähnliche Forderungen durchsetzen zu können, bleibt abzuwarten. Sicher müssen wir uns auf gewisse Standards bei der Juleica festlegen, um glaubwürdig dazustehen. Dies sollte möglich sein. Wir haben starke Pfründe, mit denen wir wuchern können und müssen, auch wenn es sicher kein leichter, kurzer Weg sein wird.

Es liegt auch an uns, dieses System in Frage zu stellen, und daran zu arbeiten, dass es geändert wird. Die Risse im Fundament der Bürgergesellschaft sind unübersehbar. Eine Chancengleichheit für alle ist und bleibt unsere Zukunft, die wir täglich in den Händen haben.

*Hans-Jürgen Plate, LJR-Vorsitzender*





## Die Hamburger in Berlin

### Hamburger Bundestagsabgeordnete im Überblick

14 Abgeordnete entsendet Hamburg in den 16. Deutschen Bundestag. Sechs wurden als Direktkandidaten in ihrem Wahlkreis gewählt, acht weitere über die Landesliste ihrer Partei. Die SPD errang bei der Bundestagswahl im September 2004 alle sechs Direktmandate; über die jeweilige Landesliste, gewichtet nach Zweitstimmenanteil, erreichten die CDU vier Abgeordnetenplätze, die Grünen zwei Sitze sowie die FDP und Die Linke jeweils einen Platz im Bundestag. punktum stellt die Hamburger Mitglieder des Bundestagtages in einem kurzen Steckbrief vor. Alle Abgeordneten erhielten vier gleichlautende Fragen.



**Niels Annen**, SPD (direkt gewählt im Wahlkreis Hamburg-Eimsbüttel)

**Berliner Büro:** Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
T. (030) 22 77 23 82 | F. (030) 22 77 62 82  
Niels.Annen@bundestag.de

**Hamburger Büro:** SPD Eimsbüttel | Grindelberg 59  
20144 Hamburg | T. (040) 42 32 87 11 | F. (040) 42 32 87 19  
www.niels-annen.de

#### Biographisches:

- geboren am 6.4.1973 in Hamburg
- 1989 – 1992 Peter-Petersen-Schule, Hamburg (Abitur)
- Vorsitzender der SchülerInnenkammer Hamburg (LandesschülerInnenvertretung)
- 1992 – 1993 Zivildienst beim Landesjugendring Hamburg
- 1994 Student der Geschichte, Geographie und Lateinamerika-Studien an der Universität Hamburg
- seit 1989 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)
- 2001 – 2004 Bundesvorsitzender der JungsozialistInnen in der SPD (Jusos)
- seit 2003 Mitglied im SPD-Parteivorstand

#### 1. | Sie waren auch mal jung. Was wollten Sie »damals« in der Bundespolitik vordringlich ändern?

**Niels Annen:** So lange ist das »damals« ja nicht her bei mir. Insofern hat sich da nicht viel geändert. Zudem denke ich schon, dass ich mir selber treu bleibe. Ich will soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit durchsetzen. Ich will daran arbeiten, dass eben nicht der Geldbeutel der Eltern und die soziale Herkunft über die Zukunft junger Menschen entscheiden. Zudem war mein

bisheriges politisches Engagement immer vom Kampf gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Neofaschismus geprägt. Das wird sich nicht ändern.

#### 2. | ... und was ist von diesen Ideen geblieben?

**NA:** Die Ideen sind ja nicht weg. Nun kommt es darauf sie auch umzusetzen und sich nicht auf Erreichtem auszuruhen.

#### 3. | Was kommt auf uns zu?

**Stichwort Generationengerechtigkeit ...**

**NA:** Klar ist doch, die große Koalition ist keine Liebesheirat. Sie wurde durch die Verweigerungshaltung der FDP notwendig. Deshalb sind viele Punkte im Koalitionsvertrag echte Kompromisse. Wir haben erreicht, dass die Bundesmittel zur Förderung von Ganztageschulen erhalten bleiben.

Auch das BAFöG und die Verbesserungen, die unter Rot-Grün erreicht wurden, bleiben erhalten. Wer sich an den Wahlkampf erinnert, weiß, dass das alles andere als unspektakulär ist.

Mir ist auch wichtig, dass sich an der Friedenspolitik der deutschen Bundesregierung substanziell nichts ändert. Auch eine große Koalition wird keine Soldaten in den Irak schicken.

#### 4. | In welchen Politikbereichen werden Sie sich besonders engagieren?

**NA:** Ich bin Mitglied im auswärtigen Ausschuss und im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Angelegenheiten. Bei meiner Arbeit in diesen Ausschüssen geht es mir um einen gerechten Ausgleich zwischen den Ländern des Nordens und den so genannten Entwicklungsländern, um eine faire Gestaltung von Globalisierung. Und es geht um eine aktive Friedenspolitik, die auf Ausgleich und Prävention setzt und auf die Stärke des Rechtes und nicht das Recht des Stärkeren.



## **Antje Blumenthal**, CDU (gewählt über Landesliste), Beamtin

**Berliner Büro:** Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
T. (030) 22 77 01 83 | F. (030) 22 77 61 83  
antje.blumenthal@bundestag.de

**Hamburger Büro:** Lange Reihe 54 | 20099 Hamburg  
T. (040) 24 64 80 | F. (040) 28 00 49 51  
brigitta.martens@antje-blumenthal.de  
www.antje-blumenthal.de

### **Biographisches:**

- geboren am 25.12.1947
- seit 1966 Mitglied der CDU
- 11/1986 – 05/1987 und 09/1989 – 11/2001 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft
- seit 1989 Landesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) und seit 1993 stellvertretende Bundesvorsitzende der CDA
- seit 11/2001 Mitglied des Deutschen Bundestages

### **1. | Sie waren auch mal jung. Was wollten sie »damals« in der Bundespolitik vordringlich ändern?**

**Antje Blumenthal:** Alles natürlich. Aber ganz konkret waren die Fragen der betrieblichen Mitbestimmung für mich von besonderer Bedeutung. Weiter meint man ja im jugendlichen Alter gleich die ganze Welt (außenpolitisch) verändern zu müssen.

### **2. | ...und was ist von diesen Ideen geblieben?**

**AB:** Ich denke, vieles ist davon geblieben. Vor allem aber ist die Mitbestimmung damals auf den Weg gebracht worden, die ja auch heute noch nach wie vor ein hoch aktuelles Thema ist.

### **3. | Was kommt auf uns zu?**

**Stichwort Generationengerechtigkeit ....**

**AB:** Wir werden in den kommenden Jahren neue Formen der Generationengerechtigkeit finden müssen, die auch unter den drastisch veränderten demographischen Voraussetzungen langfristig tragfähig sind. Der Generationenvertrag, der lange Zeit angemessenes Instrumentarium für und Ausdruck der Generationengerechtigkeit war, ist dazu - zumindest in seiner jetzigen Form - nicht mehr geeignet. Ich sehe die Zukunft in der Integration von Kapitaldeckungsverfahren als gute Möglichkeit für einen dauerhaft tragfähigen und fairen Kooperationsvertrag zwischen den Generationen.

### **4. | In welchen Politikbereichen werden Sie sich besonders engagieren?**

**AB:** Meine Arbeit im Deutschen Bundestag und in meinem Wahlkreis Hamburg Mitte wird sich auch in Zukunft auf die Bereiche Familien- und Jugendpolitik sowie auf die Gesundheitspolitik konzentrieren. Als meine Arbeitsschwerpunkte für die kommende Legislatur sehe ich nach wie vor die Problematik sog. Sekten und Psychogruppen an. Darüber hinaus werde ich intensiv um die Verbesserung der Situation der Kindermedizin in Deutschland kümmern.



## **Christian Carstensen**, SPD (direkt gewählt in Hamburg-Nord)

**Berliner Büro:** Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
T. (030) 22 77 53 36 | F. (030) 22 77 68 36  
christian.carstensen@bundestag.de

**Hamburger Büro:** Am Hasenberge 44 | 22337 Hamburg  
T. (040) 50 09 03 89 | F. (040) 50 09 08 23  
christian.carstensen@wk.bundestag.de  
www.christian-carstensen.info

### **Biographisches:**

- geboren am 11. März 1973 in Hamburg-Langenhorn
- 1993 – 1994 Zivildienst bei der Arbeiterwohlfahrt
- 1994 – 1997 Studium der Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschaft und Politik
- seit 1998 Wissenschaftlicher Angestellter der Baubehörde (heute: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt)

### **1. | Sie waren auch mal jung. Was wollten Sie »damals« in der Bundespolitik vordringlich ändern?**

**Christian Carstensen:** Mit 32 Jahren bin ich ja immer noch relativ jung und nun zum ersten Mal im Bundestag. Dort möchte ich meinen Teil dazu beitragen, daß die Politik und unsere Demokratie gerade von jüngeren Leuten wieder stärker als die Möglichkeit zur Gestaltung unserer Zukunft wahrgenommen werden. Politik wird schließlich von Menschen für Menschen gemacht. Deswegen ist es wichtig, dass Politiker ansprechbar sind und zum Mitmachen anregen. Mein Ziel ist es, dies in möglichst vielen Gesprächen in Schulen, Betrieben, bei Vereinen und Verbänden praktisch deutlich zu machen.

### **2. | ... und was ist von diesen Ideen geblieben?**

**CC:** Was von diesem Ziel umsetzbar ist, wird sich im Laufe der Zeit

zeigen. Sicherlich wird es auch davon abhängen, wie intensiv das Angebot zum Gespräch und zur Diskussion, z.B. auch vom Landesjugendring wahrgenommen wird. Ich werde jedenfalls daran arbeiten, dass die Bilanz (zumindest aus Sicht der Menschen in meinem Wahlkreis) am Ende ganz gut ausfällt.

### **3. | Was kommt auf uns zu?**

**Stichwort Generationengerechtigkeit ...**

**CC:** Damit der Staat allen Menschen wenigstens eine Grundsicherung für Alter, Krankheit/Pflege oder Arbeitslosigkeit bieten kann, muss der berechtigte Wunsch nach zusätzlicher Versorgung künftig privat abgesichert werden. Das bedeutet nicht nur, dass wir Jüngeren eigenes Geld, z.B. für eine Rentenzusatzversicherung hinlegen müssen. Es geht auch darum, dass jede/r Einzelne sich intensiver mit der eigenen Situation sowie mit den unterschiedlichen Möglichkeiten und Risiken beschäftigt. Dies bedeutet mehr Verantwortung zu übernehmen - für sich und auch für andere. Schließlich gibt es auch Gerechtigkeitsfragen innerhalb der eigenen Generation in Deutschland (Stichwort: Bildungschancen), weltweit (Stichwort: Ausbeutung oder Fairer Handel) und mit den noch kommenden Generationen (Stichwort: Umweltschutz, Atom- oder Ökostrom, etc.)

### **4. | In welchen Politikbereichen werden Sie sich besonders engagieren?**

**CC:** Ich bin Mitglied im Verkehrsausschuss und werde mich dort ganz besonders um den Flugverkehr kümmern. Außerdem bin ich Stellvertreter im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, werde mich in der SPD-Arbeitsgruppe Kommunalpolitik für ein gegenseitiges Verständnis von Bundespolitik und einer Stadt wie Hamburg einsetzen und engagiere mich weiter für den weltweiten Kampf gegen den Hunger.





## Dirk Fischer, CDU (gewählt über Landesliste), Rechtsanwalt

**Berliner Büro:** Unter den Linden 71 | 11011 Berlin

T. (030) 22 77 70 31 | F. (030) 22 77 60 31

dirk.fischer@bundestag.de

**Hamburger Büro:** Leinpfad 74 | 22299 Hamburg

T. (040) 47 70 55 | F. (040) 48 30 51

dirk.fischer@wk.bundestag.de

www.bundestag.de/mbhhome/FischDi0/index.htm

### Biographisches:

- geboren am 29. November 1943 in Bevensen
- 1964 – 1966 Wehrdienst bei der Bundeswehr (Oberleutnant)
- seit 1967 Mitglied der CDU und der Jungen Union
- Studium an der Universität Hamburg, Rechtswissenschaftliche Fakultät, 1975 erstes, 1978 zweites juristisches Staatsexamen
- seit 1972 Mitglied des CDU-Landesvorstandes in Hamburg und seit 1976 stellvertretender CDU-Landesvorsitzender
- 1970 – 1981 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft
- seit 1980 Mitglied des Bundestages
- seit 1982 Zulassung als Rechtsanwalt
- seit 1992 Landesvorsitzender der CDU Hamburg

### 1. | Sie waren auch mal jung. Was wollten Sie »damals« in der Bundespolitik vordringlich ändern?

**Dirk Fischer:** Schwerpunktmäßig ging es mir um zwei Themenbereiche: Zum einen um die »nationale Identität« unseres Landes, also vor allem um Fragen rund um die Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands und um die Ostpolitik. Hierbei gab es zum Teil heftige Kontroversen mit unserem politischen Gegner, der SPD. Als zweites habe ich mich sehr für den Bereich der Bildungspolitik interessiert, sowohl was den Bereich der Schulen als auch der Hochschulen betrifft. Schon damals gab es hier enormen Reformbedarf. Doch leider waren die ideologischen Gräben tiefer als die Erkenntnis, notwendige Veränderungen im Bildungsbereich durchzuführen.

### 2. | ... und was ist von diesen Ideen geblieben?

**DF:** Die Einheit unseres Vaterlandes wurde friedlich vollzogen. Nach der Wiedervereinigung ist Deutschland ein glückliches Land, allerdings mit erheblichen Problemen, die wir – vor allem im Sinne zukünftiger Generationen – lösen müssen.

Was die Bildungsreformen betrifft, so wurden leider in den vergangenen Jahren unzureichende oder gar falsche Weichenstellungen vollzogen. Ziel muss es sein, in Deutschland ein Bildungssystem zu schaffen, in dem unsere Schulen und Hochschulen im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig bleiben. Bildung ist der Rohstoff unseres Landes.

### 3. | Was kommt auf uns zu?

#### Stichwort Generationengerechtigkeit ...

**DF:** Generationengerechtigkeit ist dann erreicht, wenn die Chancen zukünftiger (nachrückender) Generationen auf Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse mindestens so groß sind wie die der heutigen Generation (also der ihnen vorangegangenen Generationen). Dies wird allerdings nur möglich sein, wenn wir den notwendigen Reformkurs zum Erhalt unserer sozialen Sicherungssysteme (z.B. Pflege, Gesundheit, Rente) weiter konsequent fortführen und dabei die Staatsverschuldung nicht weiter erhöhen. Denn: Wer heute weiter Schulden aufnimmt, der versündigt sich an der Zukunft kommender Generationen.

### 4. | In welchen Politikbereichen werden Sie sich besonders engagieren?

**DF:** Ende November wurde ich von meiner Fraktion erneut zum verkehrs- und baupolitischen Sprecher (Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Aufbau Ost der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) gewählt. Gleichzeitig wurde ich stellvertretendes Mitglied im Ausschuss »Sport und Ehrenamt«. Seit 1992 bin ich Landesvorsitzender der Hamburger CDU und dadurch zusätzlich mit einer Vielzahl von landespolitischen Themen beschäftigt.



## Anja Hajduk, Bündnis 90 / Die Grünen (gewählt über Landesliste), Psychologin

**Berliner Büro:** Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

T. (030) 22 77 17 36 | F. (030) 22 77 67 37

anja.hajduk@bundestag.de

**Hamburger Büro:** Curienstr. 1 | 20095 Hamburg

T. (040) 39 92 52 13 | F. (040) 39 92 52 52

Wahlkreisbuero@hamburg.gruene.de | www.anja-hajduk.de

### Biographisches:

- geboren 1963 in Duisburg
- 1982 – 1988 Psychologie-Studium in Düsseldorf und Hamburg
- seit 1995: Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Landesverband Hamburg
- 1997 – 2002 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, Parlamentarische Geschäftsführerin der GAL-Fraktion, Mitglied des Fraktionsvorstands, haushaltspolitische und kulturpolitische Sprecherin der GAL-Fraktion
- seit 2002 Landesvorsitzende der GAL Hamburg
- seit 9/2002 Mitglied des Deutschen Bundestages, Mitglied im Haushaltsausschuss und im Rechnungsprüfungsausschuss, Obfrau von Bündnis 90 / Die Grünen im Haushaltsausschuss

### 1. | Sie waren auch mal jung. Was wollten Sie »damals« in der Bundespolitik vordringlich ändern?

**Anja Hajduk:** »Damals« – das betraf bei mir die Jahre ab 1979, in der ich für militärische Abrüstung und für eine bessere Friedenspolitik stritt. Ich organisierte damals 16-jährig die Fahrt und Beteiligung unseres 11. Jahrgangs an der großen Friedensdemonstration in Bonn. Wir wollten die Stationierung von amerikanischen Pershing II Raketen und damit einen rüstungspolitischen Wettlauf zwischen Ost und West in Deutschland verhindern. Ausserdem hat mich als großes Ungerechtigkeits Thema die Situation in den ärmsten Ländern der Welt bewegt.

### 2. | ... und was ist von diesen Ideen geblieben?

**AH:** Die Friedensbewegung fand damals besonders große Unterstützung in der Bevölkerung, an den Demonstrationen nahmen an den verschiedensten Orten jeweils mehrere 100.000 Menschen teil, auch wenn die Bundesregierung eine andere Position vertrat. Der Konflikt von damals hat sich dramatisch entschärft, da ab Ende der 80iger Jahre die Ost-West Konfrontation zu Ende ging und die militärische Abrüstung in Europa erfolgte. Aber auch heute ist das Streiten für militärische Abrüstung und mehr

zivile Konfliktbearbeitung hoch aktuell, wir sind auf der Welt von Gewaltfreiheit und der universellen Geltung der Menschenrechte leider weit entfernt. Die Einsicht, dass wir alle auf dieser einen Welt leben und für sie Verantwortung tragen, wächst mehr und mehr und das ist gut so. Schließlich ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung Topthema der Politik geworden.

### 3. | Was kommt auf uns zu?

#### **Stichwort Generationengerechtigkeit ...**

**AH:** Alle wissen, dass wir große Herausforderungen meistern müssen, gerade auch in Deutschland. Wir sind ein rohstoffarmes Land und daher besonders auf das Wissen, die Ideen und die Ausbildung unserer Menschen angewiesen. Deswegen muss die Politik einen viel stärkeren Schwerpunkt setzen für bessere Bildung und mehr Forschung. Zweitens müssen wir uns darauf einstellen, dass unsere Gesellschaft insgesamt älter wird und die Balance zwischen den Interessen der Jüngeren und Älteren immer wieder austariert werden muss. Kindern und Jugendlichen

gilt es die besten (Aus-)Bildungschancen zu gewähren und für die ältere Generation müssen beispielsweise andere Wohnformen und Unterstützung für ein eigenständiges Leben im Alter entwickelt werden.

### 4. | In welchen Politikbereichen werden Sie sich besonders engagieren?

**AH:** Sowohl meine fünf Jahre in der Hamburgischen Bürgerschaft als auch seit drei Jahren im Deutschen Bundestag arbeitete ich im Haushaltsausschuss und bin auch jetzt wieder haushaltspolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion. Hier wird das Thema der Generationengerechtigkeit sehr konkret, geht es doch darum Gestaltungsspielräume für die Zukunft und ihre unbekannteren Herausforderungen zu erhalten. Das geht, wenn wir die immense staatliche Verschuldung heute erfolgreich bekämpfen. Auch wenn es nicht beliebt ist, notwendige Einsparungen durchzusetzen, gute Politik bewährt sich langfristig und nicht durch kurzfristige »Geschenke«.



## Johannes Kahrs, SPD (direkt gewählt im Wahlkreis Hamburg-Mitte)

**Berliner Büro:** Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

T. (030) 22 77 73 31 | F. (030) 22 77 64 15

johannes.kahrs@bundestag.de

**Hamburger Büro:** Kurt-Schumacher-Allee 10 | 20097 Hamburg

T. (040) 28 05 55 55 | F. (040) 28 05 31 67

www.kahrs.de

#### **Biographisches:**

- geboren am 15. September 1963 in Bremen
- Abitur, Studium, zwei Jahre Zeitsoldat, Reserveoffizier
- Stabsstellenleiter in einem Unternehmen der Wohnungswirtschaft
- 1982 Eintritt in die SPD, Kreisvorsitzender der Jungsozialisten und zwei Jahre im Landesvorstand; derzeit stellvertretender SPD-Kreisvorsitzender Hamburg-Mitte
- 1992 – 1998 Mitglied der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte und Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses Hamburg-Mitte
- seit 1998 Mitglied des Bundestages

### 1. | Sie waren auch mal jung. Was wollten Sie »damals« in der Bundespolitik vordringlich ändern?

**Johannes Kahrs:** Ich bin bei der geistig-moralischen Wende eingetreten. Das war der Wechsel von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl. Da mich dieser sehr aufgeregt hat und ich mich nicht einfach so mit dieser Veränderung begnügen wollte, beschloss ich in der Politik aktiv zu werden. Gleichzeitig war ich damals bei den Pfadfindern und in der offenen Jugendarbeit aktiv.

### 2. | ... und was ist von diesen Ideen geblieben?

**JK:** Ich bin seit 14 Jahren Vorsitzender des Jugendhilfe-Ausschusses Hamburg Mitte und engagiere mich für offene Jugendarbeit. Auch auf Bundesebene versuche ich dies insbesondere im Bereich der Förderung ehrenamtlicher Arbeit zu flankieren.

### 3. | Was kommt auf uns zu?

#### **Stichwort Generationengerechtigkeit ...**

**JK:** Derzeit geben wir von unserem Bundeshaushalt ca. 60% für Lasten der Vergangenheit, 30% für die Gegenwart und 10% für die Zukunft aus.

Wenn sich nichts ändert, wird sich dies noch deutlich zu Lasten der Gegenwart und Zukunft verschlechtern.

Deswegen muss der Haushalt saniert und die Rente sowie die Gesundheit auf eine solide Basis gestellt werden, damit der Generationenvertrag auch für die Jüngeren wieder eine Perspektive bildet.

### 4. | In welchen Politikbereichen werden Sie sich besonders engagieren?

**JK:** Zukünftig werden wir in Deutschland, insbesondere unter dem Gesichtspunkt des demographischen Faktors, auf niemanden verzichten können. Das heißt, Jugendliche ohne Schulabschluss und Ausbildung, Jugendliche ohne deutsche Sprachkenntnisse und Perspektive und arbeitslose Jugendliche darf es nicht mehr geben. Dafür werden wir alle auf allen Ebenen noch viel tun müssen, und ich werde mein Bestes dazu geben.



## Jürgen Klimke, CDU (gewählt über Landesliste), Journalist

**Berliner Büro:** Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

T. (030) 22 77 83 67 | F. (030) 22 77 66 97

juergen.klimke@bundestag.de

**Hamburger Büro:** Wandsbeker Königstr. 66 | 22041 Hamburg

T. (040) 68 91 72 38 | F. (040) 68 91 72 39

juergen.klimke@wk.bundestag.de

www.klimke-cdu.de

#### **Biographisches:**

- geboren am 2. Juli 1948 in Hamburg
- 1969 – 1976 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Hamburg
- Journalist, Vorstand einer Agenturgruppe für Öffentlichkeitsarbeit
- seit 2000 Vorsitzender der Hamburger Rathauskicker e.V.
- seit 1970 Mitglied der CDU
- 1974 – 1982 Mitglied der Bezirksversammlung Wandsbek

- 1982 – 2002 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft
- 1985 – 2002 Parlamentarischer Geschäftsführer
- seit 2002 Mitglied des Bundestages

**1. | Sie waren auch mal jung. Was wollten Sie »damals« in der Bundespolitik vordringlich ändern?**

**Jürgen Klimke:** Ich wollte vor allem das politische System von seinen Verkrustungen befreien. Ich empfand unsere Gesellschaft als bürokratisch und starr und war der Auffassung, dass viele Chancen besser genutzt werden könnten, wenn nicht überall Hindernisse und Hürden aufgebaut würden, die jeden Einzelnen an seiner Entfaltung hindern.

**2. | ... und was ist von diesen Ideen geblieben?**

**JK:** Ich bin realistischer geworden, aber im Grunde kämpfe ich immer noch den Kampf meiner Jugend. Ich versuche meine praktische Erfahrung in die Politik einzubringen, damit die Gesetze und Regelungen lebensnah sind. Ich streite immer noch für Bürokratieabbau und generell für mehr Freiheit.

**3. | Was kommt auf uns zu?**

**Stichwort Generationengerechtigkeit ...**

**JK:** Der demographische Wandel beginnt langsam und schlägt ab 2010 mit voller Wucht auf unsere Gesellschaft. Die aufkommen-

den Probleme sind von der Wissenschaft klar skizziert, jedoch zeigt sich die gesamte Politik in den letzten Jahrzehnten als scheinbar unfähig unsere Systeme auf die neuen Gegebenheiten einzustellen. Wir müssen deshalb der Gesellschaftsschrumpfung mit Generationensolidarität entgegentreten. Dies beinhaltet ein gegenseitiges Verständnis, dass die Sozialstandards von heute nicht mehr zu finanzieren sind und damit Jüngere und Ältere gemeinsam Abstriche für die wirklich Bedürftigen der Gesellschaft machen müssen.

**4. | In welchen Politikbereichen werden Sie sich besonders engagieren?**

**JK:** Ich arbeite in den Ausschüssen für Tourismus sowie für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung als Vollmitglied mit. Für den Tourismusausschuss bin ich zum Obmann gewählt worden, das heißt, dass ich dort die Mitglieder meiner Fraktion als Sprecher verrete. In diesem Ausschuss werde ich für die Förderung des Tourismus insbesondere in Norddeutschland zuständig sein. Im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind mir die Arbeitsbereiche Drogen und Tourismus in der Dritten Welt zugeteilt worden. Regional bin ich für die Entwicklungszusammenarbeit mit Südostasien zuständig.



**Hans-Ulrich Klose, SPD (direkt gewählt im Wahlkreis Hamburg-Bergedorf u. Harburg), Jurist**

**Berliner Büro:** Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

T. (030) 22 77 18 76 | F. (030) 22 77 01 10

[hans-ulrich.klose@bundestag.de](mailto:hans-ulrich.klose@bundestag.de)

**Hamburger Büro:** Schloßmühlendamm 8 - 10 | 21073 Hamburg

T. (040) 76 64 42 2 | F. (040) 77 69 03

[hans-ulrich.klose@wk.bundestag.de](mailto:hans-ulrich.klose@wk.bundestag.de)

[www.klose.spd-hamburg.de](http://www.klose.spd-hamburg.de)

**Biographisches:**

- geboren am 14. Juni 1937 in Breslau
- Studium der Rechtswissenschaft in Freiburg und Hamburg
- Staatsanwalt, später Regierungsdirektor in Hamburg
- 1964 Eintritt in die SPD
- ab 1970 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1973 Innensenator
- 1974 – 1981 Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
- seit 1983 Mitglied des Bundestages
- 1998 – 2002 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses

**1. | Sie waren auch mal jung. Was wollten Sie »damals« in der Bundespolitik vordringlich ändern? ( - )**

**2. | ... und was ist von diesen Ideen geblieben?**

**Hans-Ulrich Klose:** Als Junger (damals) und junger Alter (heute) habe ich gleichbleibend über Jahre und Jahrzehnte zwei Ziele verfolgt: Ich wollte und will dazu beitragen, die Bundesrepublik Deutschland in die westliche Staatenwelt zu integrieren. Als Voraussetzung dafür mussten wir das europäische Demokratiemodell übernehmen und zur eigenen deutschen Tradition machen. Beides ist gelungen, bedarf aber immer neuer Anstrengungen von immer neuen jungen Menschen.

**3. | Was kommt auf uns zu?**

**Stichwort Generationengerechtigkeit ...**

**H-UK:** Eine »Revolution auf leisen Sohlen«, weil immer weniger Kinder geboren werden und die Zahl der »alten Alten« absolut und prozentual laufend zunimmt. Das verändert die Gesellschaft nachhaltig und erzwingt nachhaltige Reformen, die nicht immer leicht und angenehm sein werden, aber unausweichlich sind, um ein Mindestmaß an Generationengerechtigkeit zu erhalten.

**4. | In welchen Politikbereichen werden Sie sich besonders engagieren?**

**H-UK:** Ich war, bin und bleibe Außen- und Sicherheitspolitiker und arbeite in den zuständigen Arbeitsgruppen und Ausschüssen mit.



**Burkhardt Müller-Sönksen, FDP (gewählt über Landesliste), Jurist**

**Berliner Büro:** Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

[burkhardt.mueller-sonksen@bundestag.de](mailto:burkhardt.mueller-sonksen@bundestag.de)

**Hamburger Büro:** T. (040) 44 44 60

<http://soenksen.fdp-internet.de>

**Biographisches:**

- 1959 in Otterndorf geboren
- 1978 Wehrpflichtiger Funker im 2. Schnellbootgeschwader
- 1980 Eintritt in die FDP

• 1979 – 1986 Studium der Rechtswissenschaften, Universität Hamburg

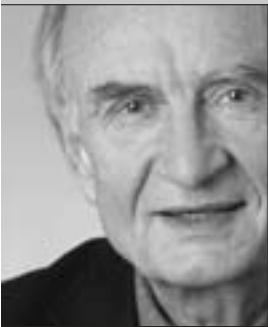
• 1993 Vorsitzender FDP-Landesfachausschuss für Innen- und Rechtspolitik

• 2001 Mitglied der Hamburgischen-Bürgerschaft, Vorsitzender der FDP Bürgerschaftsfraktion

• 2005 Wahl zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der FDP Hamburg

**(leider keine Antworten auf unsere vier Fragen)**





## Prof. Dr. Norman Paech, Die Linke.PDS (gewählt über Landesliste)

**Berliner Büro:** Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
T. (030) 22 77 34 86 | F. (030) 22 77 64 86  
norman.paech@bundestag.de

### Biographisches:

- geb. am 12.04.1938 in Bremerhaven
- 1957 – 1959 Studien der Geschichte und des Rechts an den Universitäten von Tübingen, München und Paris
- 1959 – 1962 Jura-Studium an der Universität Hamburg
- 1962 – 1965 Dissertation über ein Thema im Arbeits- und Öffentliches Recht
- 1968 – 1972 Bundesministerium für Wirtschaftliche Entwicklung, Bonn
- 1969 Eintritt in die SPD
- 1975 – 1982 Professor für Politische Wissenschaft an der Einstufigen Juristenausbildung der Universität Hamburg
- 1982 – 2003 Professor für öffentliches Recht an der Hochschule für Wirtschaft und Politik
- 2001 Austritt aus der SPD

### 1. | Sie waren auch mal jung. Was wollten Sie »damals« in der Bundespolitik vordringlich ändern?

**Norman Paech:** Nach Ende des Krieges und des Nationalsozialismus war es natürlich das wichtigste Anliegen für viele Menschen, so auch für mich, alle Nazis aus sämtlichen Institutionen entfernt zu wissen, also aus Schulen, Behörden, öffentlichen Ämtern und so fort. Dass viele Nazis weitgehend unbehelligt wieder in ihre alten Berufe zurückkehren konnten und zum Teil wichtige Ämter in der jungen Bundesrepublik Deutschland übernehmen konnten, empfand ich als Skandal. Als Kind der Kriegsgeneration war ich vehement gegen die Wiederbewaffnung in Deutschland, ebenso gegen den Aufbau eines deutschen Geheimdienst-Apparates. Auch die Vergesellschaftung der Monopol-Industrie war

eine wichtige Forderung in meiner Jugend.

### 2. | ... und was ist von diesen Ideen geblieben?

**NP:** Nun, das Anliegen, die Nazis aus allen Institutionen zu entfernen, hat sich historisch erledigt, da kaum mehr einer von ihnen lebt. Heute steht vielmehr die Frage der Aufarbeitung und Entschädigung der Opfer an. Nach wie vor stehe ich für Gewaltfreiheit und bin gegen jegliche militärische Gewalt, so sie denn nicht ausschließlich der Verteidigung dient.

Und den Geheimdienst, dessen Aufbau wir damals nicht verhindern konnten, wünsche ich heute abgeschafft.

Grundsätzlich hat sich an meiner Forderung nach Vergesellschaftung nichts geändert. Gerade in Zeiten fortschreitender Globalisierung gilt es, dem weitgehend ungezügelt Treiben international agierender Großkonzerne Einhalt zu gebieten.

### 3. | Was kommt auf uns zu?

#### Stichwort Generationengerechtigkeit

**NP:** Die kommenden Generationen werden es sicher nicht leicht haben. Der Abbau von sozialstaatlichen Leistungen ist nur ein Stichwort. Umso wichtiger scheint es mir heute vehement dafür einzutreten, dass eine Grundsicherung gewährleistet wird, die auch zukunftsfähig ist. Die Vereinbarung über Mindestlöhne ist hier ebenso wichtig wie der Ausbau einer Bürgerversicherung, die von allen Schultern getragen wird. Ganz wesentlich für zukünftige Generationen ist natürlich der nachhaltige Umgang mit der Umwelt.

### 4. | In welchen Politikbereichen werden Sie sich besonders engagieren?

**NP:** Als außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE liegen meine Schwerpunkte in den Themenfeldern Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik. Ich setze mich für das absolute Gewaltverbot ein, gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und engagiere mich für eine Bundesrepublik Deutschland als zivile Friedensmacht.



## Ortwin Runde, SPD (direkt gewählt im Wahlkreis Hamburg-Wandsbek), Bürgermeister a.D.

**Berliner Büro:** Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
T. (030) 22 77 34 65 | F. (030) 22 77 64 62  
ortwin.runde@bundestag.de

**Hamburger Büro:** Schloßstraße 12 | 22041 Hamburg  
T. (040) 68 94 45 45 | F. (040) 68 26 70 37  
ortwin.runde@wk.bundestag.de | www.ortwin-runde.de

### Biographisches:

- geboren am 12. Februar 1944 in Elbing/Ostpommern
- 1964 – 66 Studium der Soziologie u. Volkswirtschaft in Münster, London und Hamburg, 1969 Diplom in Hamburg
- 1970 Eintritt in den Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit und Soziales
- seit 1968 SPD-Mitglied
- 1974 – 2002 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft
- 1983 – 1988 Landesvorsitzender der SPD
- 1974 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft
- 1988 – 1993 Präses der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales, 1993 – 1997 Präses der Finanzbehörde
- 1997 – 2001 Erster Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg
- seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages

- seit Oktober 2002 Mitglied des Fraktionsvorstandes

### 1. | Sie waren auch mal jung. Was wollten Sie »damals« in der Bundespolitik vordringlich ändern?

**Ortwin Runde:** Ich habe als junger Mensch die bis heute geltende Erkenntnis gewonnen, dass nur Reiche sich einen armen Staat leisten können. Mir ging es damals – und mir geht es heute – um Gerechtigkeit.

### 2. | Und was ist von diesen Ideen geblieben?

**OR:** Das Thema steht immer noch ganz oben. Zu meinen Grundüberzeugungen gehört, dass gesellschaftliche Gestaltung immer wieder solide und durchdacht konzipiert und realisiert werden muss. Geblieben ist auch die Erkenntnis, dass Politik ein »dickes Brett« ist, das mit Ausdauer gebohrt werden muss. Aber ich tue dies mit großer Freude, und auch in schwierigen Situationen ist es mir wichtig, den nötigen Humor zu bewahren.

### 3. | Was kommt auf uns zu?

#### Stichwort Generationengerechtigkeit ?

**OR:** »Was kommt auf uns zu?« Eine gute Frage. Ich hoffe, eine gute Zukunft! Und dafür arbeite ich. Beim Stichwort Generationengerechtigkeit geht es zum Beispiel um ein zukunftsfähiges Alterssicherungssystem in Deutschland.

Ein System für die Großeltern- und für die Enkelgeneration. Beide müssen mit ihrer Rente, die sie sich verdient haben oder noch verdienen, auskommen können. Und es muss die Gelegenheit zu angemessener Vorsorge bestehen. Und natürlich geht es um Bildung, um die Verbesserung der Chancen der Jugend.

#### 4. | In welchen Politikbereichen werden Sie sich besonders engagieren?

**OR:** Als Mitglied des Fraktionsvorstandes der SPD-Bundestagsfraktion habe ich natürlich auf alle Politikfelder meine Aufmerk-

samkeit gerichtet. Meine Arbeit im Finanzausschuss des Bundestages setze ich fort. Außerdem kümmere ich mich intensiv um die jetzt anstehende Föderalismusreform.



### Krista Sager, Bündnis 90 / Die Grünen (gewählt über Landesliste)

**Berliner Büro:** Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
T. (030) 22 77 20 32 | F. (030) 22 77 60 32  
krista.sager@bundestag.de

**Hamburger Büro:** Curienstraße 1 | 20095 Hamburg  
T. (040) 39 92 52 13 | F. (040) 39 92 52 99  
wahlkreisbuero@hamburg.gruene.de  
www.krista-sager.de

#### Biographisches:

- geboren 1953 in Bremen
- 1972 – 1978 Studium an der Universität Hamburg: Deutsch und Geschichte für das Höhere Lehramt
- seit 1982 Mitglied der Grünen
- 1989 – 1994 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft
- 1994 – 1996 Sprecherin des Bundesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen
- 1997 – 2001 Zweite Bürgermeisterin der Freien und Hansestadt Hamburg und Senatorin für Wissenschaft und Forschung
- seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages
- Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

#### 1. | Sie waren auch mal jung. Was wollten Sie »damals« in der Bundespolitik vordringlich ändern?

**Krista Sager:** Eines der wichtigsten Ziele in der Anfangszeit der Grünen und auch für mich war es, für das Ende des Atomprogramms - so nannten wir das damals - zu kämpfen.

#### 2. | ... und was ist von diesen Ideen geblieben?

**KS:** Die Verwirklichung dieser Idee hat länger gedauert, als ich

damals gedacht hatte. Aber das Ziel haben die Grünen nicht aus den Augen verloren und im Juni 2000 den Atomausstieg besiegelt. Die AKWs in Stade und Obrigheim sind inzwischen abgeschaltet worden. Ich fände es fatal, wenn diese Entscheidung von der große Koalition rückgängig gemacht würde. Diese Technologie ist zu risikoreich und produziert hoch gefährlichen Müll. Die Zukunft der Energieversorgung liegt im Ausbau der Erneuerbaren Energien und in einem sinnvollen Energiemix.

#### 3. | Was kommt auf uns zu?

##### Stichwort Generationengerechtigkeit ...

**KS:** Wir müssen in diesem Land die Prioritäten anders setzen als bisher. Wir müssen mehr für die ganz Jungen tun, nämlich die frühkindliche Förderung ausbauen und mehr in Bildung und Ausbildung investieren. Gleichzeitig müssen wir aber auch mehr für die ganz Alten tun und zwar für Pflege und Gesundheit im Alter. Damit das umsetzbar ist, müssen wir uns von anderen Dingen verabschieden oder kürzer treten, zum Beispiel bei der Eigenheimzulage und der Pendlerpauschale.

#### 4. | In welchen Politikbereichen werden Sie sich besonders engagieren?

**KS:** Der Schwerpunkt meiner Arbeit als Abgeordnete liegt im Bereich Bildung und Forschung und in der Europapolitik. In den beiden, für diese Themen zuständigen Ausschüssen arbeite ich mit. Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende bin ich allerdings für einen ganzen Arbeitskreis innerhalb der grünen Bundestagsfraktion zuständig. In diesem Arbeitskreis sind unter dem Namen »Wissen und Generationen« die Themen Bildung, Hochschulen, Forschung, Kinder, Jugend, Familie, demografische Entwicklung und Altenpolitik, Kultur und Medien versammelt. Eine ganze Menge also.



### Olaf Scholz, SPD (direkt gewählt im Wahlkreis Hamburg-Altona), Rechtsanwalt

**Berliner Büro:** Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
T. (030) 22 77 34 35 | F. (030) 22 77 04 35  
olaf.scholz@bundestag.de

**Hamburger Büro:** Max-Brauer-Allee 20 | 22765 Hamburg  
T. (040) 38 61 01 60 | F. (040) 38 61 01 61  
olaf.scholz@hamburg.de  
www.olafscholz.de

#### Biographisches:

- geboren am 14. Juni 1958 in Osnabrück
- Studium der Rechtswissenschaften im Rahmen der einstufigen Juristenausbildung in Hamburg
- 1975 Eintritt in die SPD

- 2000 – 2004 Landesvorsitzender der Hamburger SPD
- 2001 Wahl in den Bundesvorstand der SPD
- Mai 2001 bis Oktober 2001 Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg
- 2002 – 2004 Generalsekretär der SPD
- 1998 – Mai 2001 Mitglied des Deutschen Bundestages
- seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages
- seit Oktober 2005 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

#### 1. | Sie waren auch mal jung. Was wollten Sie »damals« in der Bundespolitik vordringlich ändern?

**Olaf Scholz:** Ich bin mit 17 in die SPD eingetreten, um etwas für

mehr Gerechtigkeit zu tun.

## 2. | ... und was ist von diesen Ideen geblieben?

**OS:** Für dieses Ziel setze ich mich immer noch ein.

## 3. | Was kommt auf uns zu?

**Stichwort Generationengerechtigkeit ...**

**OS:** Um heutigen und künftigen Generationen in Deutschland ein Leben in Wohlstand zu sichern, sind große Anstrengungen nötig. Wir stehen vor der Herausforderung, die Arbeitslosigkeit abzubauen, die Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen, die Folgen des demografischen Wandels und des Veränderungsdrucks der Globalisierung zu bewältigen. Auch eine intakte Natur hat viel mit Generationengerechtigkeit zu tun.

Um die soziale Sicherheit zu gewährleisten, ist die Funktionsfähigkeit unserer Sozialversicherungen unabdingbar und dass die Menschen darauf vertrauen. Das gilt gerade für die jüngeren Menschen. Die notwendigen Reformschritte für die Renten-, Pflege- und Krankenversicherung werden in dieser Legislaturperiode

angegangen. Im Übrigen: Wenn gerecht ist, was Menschen zu echten Lebenschancen verhilft, dann ist nichts so gerecht wie die Ausweitung von Bildungschancen und Bildungszugängen.

## 4. | In welchen Politikbereichen werden Sie sich besonders engagieren?

**OS:** Als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion bin ich zuständig für die Koordinierung der parlamentarischen Abläufe mit der Bundesregierung, dem Koalitionspartner, den Landesgruppen und den Ausschüssen. Zudem fällt in meinen Bereich die Koordinierung mit der Partei, und ich fungiere als Sprecher der SPD und der Abgeordneten im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat. Darüber hinaus werde ich mich als Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums für eine effektive Überprüfung der Nachrichtendienste einsetzen. Was auch ansteht ist die Reform der Altersversorgung von Abgeordneten. Das heutige System empört die Bürgerinnen und Bürger zu Recht.

## Marcus Weinberg, CDU (gewählt über Landesliste), Lehrer

**Berliner Büro:** Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

marcus.weinberg@bundestag.de

**Hamburger Büro:** Altonaer Poststraße 13a | 22767 Hamburg

T. (040) 78 89 53 13 | F. (040) 80 60 72 64

marcus.weinberg@wk.bundestag.de | www.marcusweinberg.de

### Biographisches:

- geboren am 4. Juni 1967 in Hamburg
- 1987 – 1991 Bundeswehr, danach Studium der Fächer Geschichte, Sozialwissenschaften und Erziehungswissenschaften
- 1997 – 2001 Mitglied der Bezirksversammlung Hamburg-Altona
- 2001 – 2005 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft für die CDU-Fraktion, stv. Fraktionsvorsitzender; Jugendpolitischer Sprecher und Fachsprecher für Jugend/Kinder/Familie
- seit 2005 Mitglied des Bundestages

### 1 | Sie waren auch mal jung. Was wollten Sie damals in der Bundespolitik vordringlich ändern?

**Marcus Weinberg:** Die Zeit, in der ich politisch aktiv wurde (Mitte der 80er Jahre), war noch geprägt vom Kalten Krieg und der Teilung Deutschlands und einer aufkommenden wirtschaftlichen Rezession. Da meine Großeltern und weitere Verwandte in der DDR lebten, war die Überwindung der deutschen Teilung in Frieden, Freiheit und Demokratie mein oberstes Ziel. Außerdem brachte die Lösung der zunehmenden wirtschaftlichen Probleme im Hinblick auf die »Grenzen des Wachstums« die Gefahr einer sozialen Schieflage mit sich. Hier war es für mich wichtig, das Soziale in der Politik zu betonen.

### 2 | ... und was ist von diesen Ideen geblieben?

**MW:** Der Tag der Wiedervereinigung hat eine Idee in die Realität umgesetzt. Leider hat sich die ökonomische Situation des wieder-

vereinigten Deutschlands im Hinblick auf die ausgeprägte Globalisierung weiter verschärft. Insbesondere für Kinder und Jugendliche hat sich die Lebenssituation aufgrund der ökonomischen Entwicklung in den letzten 20 Jahren deutlich verschlechtert. Hinzu kommt der kulturelle Verfall von Teilen der Gesellschaft. Insoweit gilt es noch immer, das Soziale in der Politik zu betonen. Gerade durch eine gute Bildung von Kinder und Jugendlichen muss dem kulturellen Verfall entgegengewirkt werden.

### 3 | Was kommt auf uns zu?

**Stichwort Generationengerechtigkeit ...**

**MW:** Die angespannte Situation im Bereich der sozialen Sicherungssysteme wird von uns nur erahnt. In den nächsten Jahren müssen die Reformen auf den Weg gebracht werden. Die Gesundheitsreform und Rentenreform müssen so gefasst werden, dass es zu keinen Ungerechtigkeiten kommt. Die Älteren wie auch die Jüngeren haben ein Recht darauf, dass die Politik die Folgen einzelner Reformen auf die jeweilige Lebenssituation abwägt und Ungerechtigkeiten verhindert. Gerechtigkeit definiert sich in diesem Fall als Verhältnis von dem, was man solidarisch in die Gesellschaft einbringt und das, was die Gesellschaft für einen solidarisch leistet.

### 4 | In welchen Politikbereichen werden Sie sich besonders engagieren?

**MW:** Ich bin ordentliches Mitglied im Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und im Verteidigungsausschuss. In Zukunft werde ich mich, wie ich es bereits auch schon auf landes- und kommunalpolitischer Ebene getan habe, besonders für Kinder und Jugendliche einsetzen.

## Die Bundesministerin und ihre Staatssekretäre

**Auf Bundesebene** werden die Ziele der Kinder- und Jugendpolitik innerhalb der Bundesregierung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gesetzt und koordiniert. Das zentrale Förderinstrument für die Kinder- und Jugendpolitik und die Kinder- und Jugendhilfe im Zuständigkeitsbereich des BMFSFJ ist der Kinder- und Jugendplan des Bundes. Diese Förderung soll, so die Richtlinie des BMFSFJ, »zum Zusammenwachsen der jungen Generation in Deutschland und Europa und zur Verständigung und Toleranz über Grenzen hinweg, zur Verbesserung des Dialogs zwischen den Generationen sowie zur Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger beitragen.« Das BMFSFJ, als oberste fachlich zuständige Bundesbehörde, soll die Tätigkeit der Jugendhilfe anregen und fördern, soweit sie von überregionaler Bedeutung ist und ihrer Art nach nicht durch ein Bundesland allein wirksam gefördert werden kann (§ 83 Abs. 1 SGB VIII).

**Anschrift:** Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Alexanderplatz 6 | 10178 Berlin | T. 01 88 8 – 555-0  
F. 01 88 8 – 555 – 41 03 | [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)



Berlin-Alexanderplatz, Sitz des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Foto: © www.berlin.de

### Ministerin Dr. Ursula von der Leyen, CDU

#### Biographisches:

- geboren am 8. Oktober 1958 in Brüssel
- 1977 – 1980 Studium der Volkswirtschaft (Göttingen, Münster)
- 1980 – 1987 Studium der Medizin (Medizinische Hochschule Hannover; MHH)
- 1988 – 1992 Assistenzärztin, Frauenklinik der MHH
- seit 1990 CDU-Mitglied
- 1991 Promotion
- 1998 – 2002 Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Abteilung Epidemiol
- seit März 2003 Mitglied der CDU im Niedersächsischen Landtag
- März 2003 – November 2005 Niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
- seit Dezember 2004 Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschland
- seit November 2005 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

#### Ein O-Ton – Ministerin Ursula von der Leyen

##### zur Stärkung der Zivilgesellschaft:

»Wir setzen durch unsere politischen Entscheidungen einen Rahmen, in dem sich Eigeninitiative und gesellschaftliche Verantwortung entfalten oder auch nicht. Deshalb bin ich mir der hohen Verantwortung bewusst, die Politik in diesem Feld hat. Im Koalitionsvertrag haben wir die Förderung der Bürgergesellschaft als einen wichtigen Baustein markiert. Schwerpunkte werden dabei insbesondere die Verbesserung der Rahmenbedingungen durch die Reform des Gemeinnützigkeitsrechts sowie der Ausbau der Freiwilligendienste sein.«

(Ursula von der Leyen zum Tag des Ehrenamtes am 5.12.05)



Gerd Hoofe



Dr. Hermann Kues

### Staatssekretär Gerd Hoofe, CDU

#### Biographisches:

- geboren 1955 in Osnabrück
- Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen und Osnabrück
- 1981 – 1983 Tätigkeit als Rechtsanwalt
- 1983 – 1985 Jurist bei der Oberfinanzdirektion Münster
- 1985 – 2003: Mitarbeiter des Landkreises Osnabrück
- 2003 – 2005 Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
- seit November 2005 Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

### Dr. Hermann Kues, CDU

#### Parlamentarischer Staatssekretär

#### Biographisches:

- geboren am 21. November 1949 in Holthausen, Landkreis Emsland
- Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Münster, Abschluss als Diplomvolkswirt, Promotion zum Dr. rer. pol.
- seit 1968 Mitglied in der CDU
- 1984 – 1986 Staatskanzlei Hannover
- 1986 – 1990 Büroleiter des niedersächsischen Umweltministers
- 1991 – 1994 Landesgeschäftsführer der CDU Niedersachsen
- seit 1994 Mitglied des Bundestages



# Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

## Aufgaben der Bundestagsausschüsse (allgemein)

Die Ausschüsse des Bundestages sind Organe des ganzen Parlaments. Ihre Zusammensetzung regelt sich deshalb nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, die sich ihrerseits darüber verständigen, wieviele Ausschüsse eingesetzt werden, welche Aufgabengebiete sie erhalten und wieviele Mitglieder sie zählen sollen.

Von der Verfassung vorgeschrieben ist die Einsetzung des Auswärtigen Ausschusses, des EU-Ausschusses, des Verteidigungs- und des Petitionsausschusses.

Die Verhandlungen des Bundestages werden in den Ausschüssen vorbereitet. Die Beratungen werden von federführenden und mitberatenden Ausschüssen durchgeführt.

Die Geschäftsordnung sieht vor, dass die Ausschüsse »zu baldiger Erledigung der ihnen überwiesenen Aufgaben verpflichtet« sind.

Zehn Sitzungswochen nach Überweisung einer Vorlage können eine Fraktion oder 5% der Mitglieder des Bundestages verlangen, dass der Ausschuss durch den Vorsitzenden oder den Berichtserstatter dem Bundestag einen Bericht über den Stand der Beratung erstattet. Werden Vorlagen an mehrere Ausschüsse überwiesen, sollen die beteiligten Ausschüsse mit dem Federführenden eine angemessene Frist zur Übermittlung ihrer Stellungnahme vereinbaren.

In den Ausschüssen kommen die Experten der Fraktionen und Gruppen zusammen. Die Arbeitsbereiche der Ausschüsse entsprechen dabei der Aufgabenverteilung der Bundesministerien, was den Grundsatz der parlamentarischen Kontrolle der Regierungstätigkeit verdeutlicht.

Grundsätzlich finden die Beratungen der Ausschüsse des Bundestages nicht öffentlich statt. Der Ausschuss kann jedoch beschließen, für einen bestimmten Verhandlungsgegenstand die Öffentlichkeit zuzulassen.

In den Ausschüssen werden, im Beisein der Regierungs- und der Bundesratsvertreter Gesetzentwürfe untersucht und die Gegensätze zwischen Regierung und Opposition, soweit möglich, ausgeglichen.

(Quelle: [www.bundestag.de/ausschuesse/aufgaben](http://www.bundestag.de/ausschuesse/aufgaben))

## Themen des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Seine Name ist Programm. Alle Gesetzentwürfe, Anträge, Berichte und Entschlüsse sowie EU-Vorlagen zu den Themen, die seinen Namen ausmachen, bearbeitet er federführend oder mit beratend. Ein Schwerpunkt ist die finanzielle

Sicherung der Familie und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dem Ausschuss ist auch daran gelegen, so ist in seiner Selbstbeschreibung zu lesen, »Mann und Frau gleichzustellen, alten Menschen ein selbständiges Leben zu ermöglichen und die jungen Menschen vor Schaden zu bewahren.«

**Am 30.11.05 haben sich die Bundestagsausschüsse konstituiert. Der für Jugendpolitik zuständige Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat 31 Mitglieder.**

**Vorsitzende:** *Kerstin Griese* (SPD)

[www.kerstin-griese.de](http://www.kerstin-griese.de)

**Stellvertreterin:** *Ekin Deligöz* (Bündnis 90/Die Grünen) | [www.ekin.de](http://www.ekin.de)

### CDU/CSU (11 Mitglieder):

*Thomas Bareiß*, direkt gewählt im Wahlkreis Zollernalb - Sigmaringen (Baden-Württemberg) [www.thomas-bareiss.de](http://www.thomas-bareiss.de)

*Antje Blumenthal*, gewählt über Landesliste Hamburg, Wahlkreis Hamburg-Mitte [www.antje-blumenthal.de](http://www.antje-blumenthal.de)

*Thomas Dörflinger*, direkt gewählt im Wahlkreis Waldshut (Baden-Württemberg) [www.thomas-doerflinger.de](http://www.thomas-doerflinger.de)

*Ingrid Fischbach*, gewählt über Landesliste Nordrhein-Westfalen, Wahlkreis Herne - Bochum II, [www.ingrid-fischbach.de](http://www.ingrid-fischbach.de)

*Markus Grübel*, direkt gewählt im Wahlkreis Esslingen (Baden-Württemberg) [www.markus-gruebel.de](http://www.markus-gruebel.de)

*Katharina Landgraf*, direkt gewählt im Wahlkreis Leipziger Land - Muldentalkreis *Paul Lehrieder*, direkt gewählt im Wahlkreis Würzburg (Bayern), [www.paul-lehrieder.de](http://www.paul-lehrieder.de)

*Eva Möllring*, gewählt über Landesliste Niedersachsen, Wahlkreis Gifhorn - Peine, [www.eva-moellring.de](http://www.eva-moellring.de)

*Michaela Noll*, direkt gewählt im Wahlkreis Mettmann I (Nordrhein-Westfalen), [www.michaela-noll.de](http://www.michaela-noll.de)

*Johannes Singhammer*, gewählt über Landesliste Bayern, Wahlkreis München-Nord *Elisabeth Winkelmeier-Becker*, direkt gewählt im Wahlkreis Rhein-Sieg-Kreis I (Nordrhein-Westfalen)

### SPD (11 Mitglieder):

*Clemens Bollen*, gewählt über Landesliste Niedersachsen, Wahlkreis Unterems, [www.clemens-bollen.de](http://www.clemens-bollen.de)

*Renate Gradistanac*, gewählt über Landesliste Baden-Württemberg, Wahlkreis Calw

*Angelika Graf*, gewählt über Landesliste Bayern, Wahlkreis Rosenheim, [www.grafspd.de](http://www.grafspd.de)

*Kerstin Griese*, direkt gewählt im Wahlkreis Mettmann II (Nordrhein-Westfalen), [www.kerstin-griese.de](http://www.kerstin-griese.de)

*Christel Humme*, direkt gewählt im Wahlkreis Ennepe-Ruhr-Kreis II (Nordrhein-Westfalen), [www.christelhumme.de](http://www.christelhumme.de)

*Jürgen Kucharczyk*, direkt gewählt im Wahlkreis Solingen - Remscheid - Wuppertal II (Nordrhein-Westfalen), [www.juergen-kucharczyk.de](http://www.juergen-kucharczyk.de)

*Helga Lopez*, direkt gewählt im Wahlkreis Lahn-Dill (Hessen), [www.helgalopez.de](http://www.helgalopez.de)

*Caren Marks*, direkt gewählt im Wahlkreis Hannover-Land I (Niedersachsen), [www.caren-marks.de](http://www.caren-marks.de)

*Sönke Rix*, gewählt über Landesliste Schleswig-Holstein, Wahlkreis Rendsburg-Eckernförde, [www.soenke-rix.de](http://www.soenke-rix.de)

*Marlene Rupprecht*, gewählt über Landesliste Bayern, Wahlkreis Fürth, [www.marlene-rupprecht.de](http://www.marlene-rupprecht.de)

*Wolfgang Spanier*, direkt gewählt im Wahlkreis Herford - Minden-Lübbecke II (Nordrhein-Westfalen), [www.wolfgang-spanier.de](http://www.wolfgang-spanier.de)

### FDP (3 Mitglieder):

*Ina Lenke*, gewählt über Landesliste Niedersachsen, Wahlkreis Rotenburg - Verden, [www.ina-lenke.de](http://www.ina-lenke.de)

*Sibylle Laurischk*, gewählt über Landesliste Baden-Württemberg, Wahlkreis Offenburg, [www.laurischk.de](http://www.laurischk.de)

*Miriam Gruß*, gewählt über Landesliste Bayern, Wahlkreis Augsburg-Stadt, [www.miriam-gruss.de](http://www.miriam-gruss.de)

### Die Linke (3 Mitglieder):

*Jörn Wunderlich*, gewählt über Landesliste Sachsen, Wahlkreis Chemnitzer Land - Stollberg *Elke Reinke*, gewählt über Landesliste Sachsen-Anhalt

*Diana Golze*, gewählt über Landesliste Brandenburg, Wahlkreis Brandenburg an der Havel - Potsdam-Mittelmark I - Havelland III - Teltow-Fläming I, [www.diana-golze.de](http://www.diana-golze.de)

### Bündnis 90/Die Grünen (3 Mitglieder):

*Ekin Deligöz*, gewählt über Landesliste Bayern, Wahlkreis Neu-Ulm, [www.ekin.de](http://www.ekin.de)

*Britta Hasselmann*, gewählt über Landesliste Nordrhein-Westfalen, Wahlkreis Bielefeld, [www.britta-hasselmann.de](http://www.britta-hasselmann.de)

*Irmgard Schewe-Gerigk*, gewählt über Landesliste Nordrhein-Westfalen, Wahlkreis Ennepe-Ruhr-Kreis II, [www.schewe-gerigk.de](http://www.schewe-gerigk.de)

### Anschrift aller Abgeordneten:

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin



## Große Koalition wohin?

**Welchen Weg** wird die große Koalition aus CDU und SPD aus jugendpolitischer Sicht einschlagen? Im 191-seitigen Koalitionsvertrag werden Leitlinien u.a. zu den Bereichen Bildung, soziale Sicherungssysteme, Kinder- und Jugendhilfe, Partizipation und bürgerschaftliches Engagement aufgezeigt, auf die sich CDU und SPD für die vier Jahre der Legislatur verpflichtet haben. Allein, es sind Leitlinien, über denen das Damoklesschwert der ungeklärten Finanzierungsfrage hängt. Auf Seite 66 des Koalitionsvertrages (unter dem Abschnitt »Konsolidierungsgrundsätze«)

findet sich der entscheidende Satz: »Alle Maßnahmen dieses Koalitionsvertrages stehen unter Finanzierungsvorbehalt.«

Ist also der Vertrag das Papier nicht wert? Sollte man es so halten wie der Ex-Bundeskanzler Schröder, der nach dem Zustandekommen der Koalitionsvereinbarung sagte: »Ich erkläre hiermit, dass ich diese Koalitionsvereinbarung ebenso wenig lesen werde wie die vorige.«

**punktum** wollte es genauer wissen und hat Beiliegte bei den Koalitionsverhandlungen um eine Stellungnahme gebeten. Nicolette Kressl (Mit-

glied in den Verhandlungskommissionen »Familie, Senioren, Frauen und Jugend«, »Bildung und Forschung« sowie »Föderalismusreform«) und Gitta Trauernicht (Mitglied in der Verhandlungskommission »Familie, Senioren, Frauen und Jugend«) haben uns Statements aus jugendpolitischer Sicht gesendet. – Eine Kritik am Koalitionsvertrag folgt in dem Beitrag von Prof. Butterwegge.

**Zum Nachlesen.** Auf der LJR-website ([www.ljr-hh.de](http://www.ljr-hh.de)) stehen in der Rubrik »Archiv« sowohl der komplette Koalitionsvertrag als auch ein Exzerpt aus jugendpolitischer Sicht zum download bereit.

## Die Jugend ist ein zentrales Thema im Koalitionsvertrag



von Nicolette Kressl (SPD), MdB seit 1994

Die Bedingungen für die Ausbildung Jugendlicher sind zu verbessern: Schon in unserer Regierungszeit von 1998 bis 2005 haben wir dieses Ziel verfolgt. Nur um einige Beispiele zu nennen: Aufgrund unserer Gesetzesinitiative zur Einführung einer Ausbildungumlage ist es Mitte 2004 gelungen, die Wirtschaft zum Abschluss des Ausbildungspaktes zu bewegen, mit dem dann der über viele Jahre festzustellende Rückgang der Ausbildungsplätze gestoppt werden konnte. Die Gelder für das BAföG haben wir praktisch verdoppelt, so dass der Anteil der Studienanfänger von 27,7% im Jahre 1998 auf rund 38% im Jahre 2004 gestiegen ist.

Diese Politik wollen wir auch mit dem neuen Koalitionspartner fortsetzen. Eine Politik für die Jugend bedeutet für uns, dass wir zwei wesentliche Ziele verfolgen: eine familienfreundliche Gesellschaft und Chancengleichheit in der Bildung. Dabei haben wir das gesamte Spektrum vom Kleinkind, über Kindergarten, Schule, Berufsbildung und Studium bis zur Weiterbildung im Blick.

### • Wir sorgen für gute und bezahlbare

#### Betreuungsangebote

Der Ausbau der Kinderbetreuung wird vorangetrieben. Die Koalitionspartner stehen zu dem mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz verankerten

Ausbau der Betreuungsangebote für unter dreijährige Kinder. Bis zum Jahr 2010 entstehen 230.000 zusätzliche Betreuungsplätze.

Im Jahre 2010 soll ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen verfügbar sein. Sollte bis dahin feststehen, dass mehr als 10 Prozent der Kommunen das erforderliche Angebot nicht gewährleisten, so wird der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz auf alle Kinder ab dem 2. Lebensjahr ausgeweitet.

Betreuungskosten dürfen Eltern nicht davon abhalten, den Kindern den Besuch eines Kindergartens zu ermöglichen. Wir wollen deshalb mit den Ländern gemeinsam nach Wegen suchen, die bereits in einigen Ländern vorgesehene bzw. umgesetzte Gebührenbefreiung der Eltern im letzten Kindergartenjahr bundesweit zu ermöglichen.

Erwerbstätige Eltern sollen in Zukunft Kinderbetreuungskosten steuerlich geltend machen können.

### • Wir wollen, dass Familie und Beruf vereinbar sind

Ab 2007 wollen wir Familien unmittelbar nach der Geburt von Kindern durch ein Elterngeld fördern. Dieses Elterngeld soll als Einkommensersatzleistung 67 Prozent des vorherigen pauschalierten Nettoeinkommens betragen.

Der Teilzeitananspruch nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz sowie der Anspruch auf eine dreijährige Elternzeit bleiben erhalten.

### • Wir sorgen für eine bessere Bildung und Betreuung von früh auf

Ganztägige Bildung und Betreuung schaffen erweiterte Möglichkeiten, alle Talente zu fördern und Schwächen auszugleichen. Deshalb setzen wir uns für den weiteren Ausbau von Ganztagschulen ein. Das von uns im Jahre 2003 aufgelegte Ganztagschulprogramm, mit dem der Bund den Ländern 4 Milliarden Euro für den Bau von Ganztagschulen zur Verfügung stellt, soll bis zum Ende der Legislaturperiode fortgesetzt werden.

### • Jeder Jugendliche muss eine Chance auf Ausbildung erhalten

Die Bundesregierung wird alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ergreifen, um das Ziel zu erreichen, dass kein Jugendlicher unter 25 Jahren länger als drei Monate arbeitslos ist. Den Pakt für Ausbildung werden wir unter Einbeziehung von Wirtschaft und Gewerkschaften weiterentwickeln. Das Angebotsspektrum der Berufsausbildung wird durch gestufte Ausbildungsordnungen erweitert, um den Leistungsunterschieden der Jugendlichen besser entsprechen zu können. Jugendliche und Unternehmer mit Migrationshintergrund sollen gezielt für die Beteiligung an der beruflichen Bildung gewonnen werden. Jugendliche und Erwachsene ohne Abschluss sollen eine »Zweite Chance« erhalten, um einen Schulabschluss nachholen oder eine Ausbildung erfolgreich durchlaufen zu können.

### • Wir wollen, dass das Bildungssystem durchlässiger wird

Wir wollen das Bildungssystem durchlässiger machen. Die Zulassung zu Fachhochschulen und Universitäten auf der Grundlage einer erfolgreich abgeschlossenen Berufsausbildung soll im Hochschulrecht grundsätzlich ermöglicht werden.

Die Weiterbildung wollen wir mittelfristig zur 4. Säule des Bildungssystems machen und mit bundeseinheitlichen Rahmenbedingungen eine Weiterbildung mit System etablieren. Wir halten an dem Ziel fest, mindestens 40 Prozent eines Altersjahrgangs für ein Hochschulstudium zu gewinnen. Deutschland braucht mehr Hochqualifizierte, um den wirtschaftlichen Anforderungen der Zukunft Rechnung zu tragen. Das BAföG als Sozialleistung wird in seiner jetzigen Struktur zur Finanzierung des Lebensunterhalts erhalten; der staatliche Zuschuss wird nicht reduziert. Abschließend noch eine Original-Passage aus dem Koalitionsvertrag: »Der Zusammenhalt und die soziale Entwicklung unserer Gesellschaft, unser Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft hängen immer stärker davon ab, welchen Stellenwert Bildung erhält. Bildung ist der entscheidende Zukunftsfaktor für unser Land, aber auch für die Chancen jedes einzelnen Menschen.«

# Für eine starke Kinder- und Jugendpolitik



von Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren des Landes Schleswig-Holstein

**Die Koalitionsverhandlungen** zu den Politikfeldern Kinder und Jugend, Frauen und Familie sowie Senioren wurden engagiert auf der Basis durchaus unterschiedlicher politischer Zielvorstellungen der beiden großen Regierungsparteien geführt. Für die Sozialdemokratie war wichtig,

- dass die Kinder- und Jugendpolitik einen angemessenen Stellenwert in der Koalitionsvereinbarung bekommt,
- dass die Familienpolitik der vergangenen Jahre durchgesetzt und noch verstärkt wird,
- dass Frauenpolitik als Politik der Geschlechtergerechtigkeit einen eigenen Stellenwert hat und
- dass die Seniorenpolitik nicht auf die Pflegepolitik reduziert wird.

**Mir kam es** darauf an, dass der Rechtsanspruch für Kinder unter 3 Jahren mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz weiterhin Politik der Bundesregierung bleibt und darüber hinaus der individuelle Rechtsanspruch für Zweijährige perspektivisch verankert wird.

Mir war wichtig, dass die Allianz für die Familie und die Lokalen Bündnisse als strukturpolitische Akzente der Familienpolitik fortgeführt werden und dass die Familien entlastende und unterstützende Infrastrukturpolitik auch zukünftig verlässlich weiterentwickelt werden kann. Ich wollte, dass die Kinder- und Jugendpolitik mit dem Kinder- und Jugendhilfegesetz ihre Basis erhält und nicht die christdemokratischen Vorstellungen zum Abbau von Rechten durchgesetzt werden. Nicht zuletzt war es auch mein Wunsch, dass auf Bundesebene der Nationalplan für ein Kindgerechtes Deutschland als Basis für jugendpolitische Vorstellungen eine bedeutende Rolle bekommt.

Der Bereich der Kinder- und Jugendpolitik nimmt im Koalitionsvertrag breiten Raum ein:

- **Bessere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.** Kinder und Jugendliche in politische, planerische und zukunftsorientierte Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse einzubeziehen, ist für die Zukunft eines demokratischen Gemeinwesens

unverzichtbar. Wir werden die Aktivitäten zur Partizipation gemeinsam mit den Jugendverbänden weiterentwickeln, die Bedeutung der Kinderrechte stärken usw.

- Kinder und Jugendliche sollten bei Planungen, die ihre Interessen berühren, in altersgemäßer Weise einbezogen werden. Neben der nationalen spielt die europäische Dimension bei dieser Entwicklung eine entscheidende Rolle. Deswegen ist sowohl der Pakt für die Jugend verankert als auch der Hinweis darauf, dass das EU-Programm »Jugend in Aktion« eine gute Basis ist und für Deutschland genutzt werden soll.

- **Chancengleichheit in der Bildung**

Die Bedeutung der Chancengleichheit in der Bildung ist in der Vereinbarung umfänglich und befriedigend dargestellt. Insbesondere der Ansatz der ganzheitlichen Bildung, die Bedeutung der nicht-institutionellen Bildung der Jugendarbeit, der kulturellen Jugendbildung, informeller Bildungsprozesse und gleichaltrigen Gruppen sind angesprochen.

- **Aufwachsen ohne Gewalt**

Dem Schutz von Kindern gegen Misshandlung, Vernachlässigung und Gewalt müssen wir unsere ganze Aufmerksamkeit widmen. Insbesondere sind auch präventive Angebote durch die Kooperation im internationalen und europäischen Raum, durch innovative Modellmaßnahmen zur Kriminalitätsprävention und zur Verbesserung des Opferschutzes verankert. Das Wächteramt des Staates und der Stützauftrag der Gemeinschaft von Gewalt betroffener und vernachlässigter Kinder ist durch Regelungen im Kinder- und Jugendhilfegesetz bereits gestärkt worden. Die Verpflichtung des Bundes zur Umsetzung des Gesetzes in die Praxis ist im Koalitionsvertrag fixiert. Einen angemessenen Raum nimmt auch die notwendige Hilfe und Prävention für Jugendliche vor Verschuldung bzw. bereits verschuldete Jugendliche ein. Jetzt gilt es, diese Verpflichtung in die Praxis umzusetzen.

- **Chancen für benachteiligte Jugendliche**

Jeder junge Mensch braucht die Chance auf Existenzsicherung durch Ausbildung und Arbeit. Keiner darf zurück gelassen werden. Dass auch die Jugendhilfe ergänzend zu den Arbeitsmarktakteuren hier eine entscheidende Aufgabe hat, wird im Koalitionsvertrag verankert. Insbesondere die Verzahnung der verschiedenen Akteure zu wirksamen Initiativen zu beruflichen Integration wird betont. Die positive Bedeutung des Programms »Soziale Stadt« auf jugendintegrative Maßnahmen erfordert auch in der Zukunft finanzielle Ressourcen. Dass bei öffentlichen Vergabeverfahren auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene Unternehmen bevorzugt werden können, die ausbilden, ist ein deutlicher Hinweis, dass wir es ernst meinen.

- **Jugend für Toleranz und Demokratie**

Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, für Demokratie und Toleranz muss fortgeführt und verstetigt werden. Deswegen ist es unser Ziel, das Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln und die Achtung der Menschenrechte zu fordern. Aktionsprogramme des Bundes spielen dabei eine bedeutende Rolle und sollen auch in Zukunft eingesetzt werden.

- **Kinder- und Jugendhilfe**

Anregungen aus dem 12. Kinder- und Jugendbericht zur Verbesserung der Bildungs- und Teilhabe junger Menschen sollen aufgegriffen und weiter entwickelt werden. Es gilt, Kooperationsstrukturen zu verbessern, die jeweiligen Bildungs- und Erziehungsaufträge von Eltern, Schule und Jugendhilfe in gemeinsamer Verantwortung wahrzunehmen und künftig stärker die Potentiale effektiver auszuschöpfen – ohne fachliche Ressentiments und auf Augenhöhe. Jugendhilfe und Schule sind noch besser zu verzahnen. Der Bund wird die Förderung, Vernetzung und den Transfer guter Praxis voranbringen. Die Präventionsarbeit soll i.S. einer Peer-Group-Beratung verstärkt werden. Die Lücke im Bereich der Jugendhilfe – die Wirkungsforschung – soll geschlossen werden, damit Jugendhilfe auch auf Basis »harter Fakten« den parteilichen Stellenwert für junge Menschen stärken kann. Die Verstärkung der Wirksamkeit, Effizienz, Zielgenauigkeit und Nachhaltigkeit von Förderstrukturen und Programmen sollen der nachhaltigen Sicherung der Arbeit der Jugendverbände dienen.

Das derzeitige Kinder- und Jugendhilfegesetz wird nicht reformiert. Die kürzlich beschlossenen gesetzlichen Veränderungen sollen zunächst ihre Wirkungen entfalten können bzw. evaluiert werden, bevor ggf. weitere Schritte zu erfolgen haben.

- **Organisationshoheit und Strukturen**

Mit Blick auf die Organisation der Jugendhilfe ist die weitere Entwicklung im Rahmen der Föderalismusreform von erheblicher Bedeutung. Aufgrund der Deregulierungen und Öffnungsklauseln könnte es zu einer Abkehr von der Verpflichtung zu einer abgrenzbaren, eigenständigen Organisationseinheit Jugendamt kommen. Diese und andere Fragen der Jugendhilfe im Kontext der Föderalismusreform befinden sich noch im Entscheidungsprozess.

**Abschließend bleibt festzustellen,** dass die Koalitionsvereinbarung eine durchaus wichtige Grundlage für die Politik der Kinder- und Jugendpolitik der nächsten Jahre ist. Natürlich unterliegt jede Koalitionsvereinbarung einem Haushaltsvorbehalt. Somit kommt es jetzt auf die Durchsetzungsfähigkeit und das persönliche Engagement aller Politikerinnen und Politiker an, für nachwachsenden Generationen vernünftige Lösungen zu finden.

## Weder genug Mut noch Menschlichkeit

Zur großen Koalition von Union und SPD



von Christoph Butterwegge, Uni Köln

**Nach der Bundestagswahl vom 18. September 2005 wurde das überraschend schlechte Abschneiden der CDU/CSU und ihrer Kanzlerkandidatin Angela Merkel zu Recht auf Defizite im sozialen Bereich zurückgeführt. Vor allem die Debatte um den früheren Verfassungsrichter Paul Kirchhof und sein zwar relativ einfaches, aber sozial unausgewogenes und extrem ungerechtes Steuermodell mit dem für alle Bürger/innen gleichen Einheitssteuersatz von 25 Prozent hatte den Unionsparteien schwer geschadet. Umgekehrt war die SPD in der Wählergunst offenbar nur deshalb nicht – wie allgemein erwartet – eingebrochen, weil Gerhard Schröder im Wahlkampf die »Seele« der Partei angesprochen, sich wieder stärker am traditionellen Programm der Sozialdemokratie orientiert und seine Widersacherin »sozialer Kälte« bezichtigt hatte.**

Während der Sondierungsgespräche und zu Beginn der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD standen Personalfragen im Vordergrund, Politik und Programmatik blieben hingegen auf der Strecke. Im Laufe der Koalitionsverhandlungen wurde der Sozialstaat von zwei Seiten gleichzeitig in die Zange genommen: Auf der Finanzierungsseite entdeckten die zuständigen Verhandlungsführer von Union und SPD, Roland Koch und Peer Steinbrück, das »größte Haushaltsloch aller Zeiten«, dem nur mit einem »Sparpaket« in Höhe von 35 bis 70 Mrd. EUR beizukommen sei. Und auf der Leistungsseite machte der scheidende Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement ungefähr 20 Prozent der Langzeitarbeitslosen als »Parasiten« aus, weil sie ohne Rechtsanspruch das mit Hartz IV geschaffene Arbeitslosengeld II bezögen. Was sich damit andeutete, scheint Wirklichkeit zu werden: eine große Koalition gegen den Sozialstaat. Die am 18. November abgeschlossene Koalitionsvereinbarung ist von politischer Buch-

haltermentalität gekennzeichnet, wohingegen jedes Signal für einen Neuanfang, visionäre Konzepte und Alternativen zum bisherigen Regierungskurs (Agenda 2010, sog. Hartz-Gesetze, Gesundheitsreform usw.) fehlen. »Weiter so!« bietet keine Lösung, selbst wenn man das Führungspersonal austauscht, zumal mehrere Minister (Wolfgang Schäuble, Peer Steinbrück und Sigmar Gabriel) die Vergangenheit repräsentieren. Um eine »Wende zum Besseren« einzuleiten, wäre neben Optimismus und Aufbruchsstimmung mehr Mut gegenüber den Mächtigen im Land nötig.

### Kritik am Koalitionsvertrag

Schon die Überschrift »Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit« lässt deutlich erkennen, dass die neue Regierung nach Kontinuität strebt. Gut wäre es gewesen, nicht – wie die alte Regierung – den Wirtschaftsstandort D, sondern die (arbeitenden) Menschen in den Mittelpunkt aller Bemühungen zu rücken. Für einen solchen Kurswechsel gibt es jedoch bislang keine Anzeichen – ganz im Gegenteil.

Die zum 1. Januar 2007 angekündigte Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent ist nicht nur Gift für die Binnenkonjunktur, sondern auch für Familien, besonders von Geringverdienern, die einen Großteil ihres Einkommens in den Konsum stecken. Deshalb trifft sie die Mehrwertsteuer stärker als Besserverdienende (ohne Kinder). Indirekte bzw. Verbrauchssteuern sind eher unsozial, weil sie die Leistungsfähigkeit und finanzielle Lage der Steuerpflichtigen nicht berücksichtigen. Dagegen bildet die »Reichensteuer«, von der Bürger erst ab einem Jahreseinkommen von 250.000 EUR bzw. Verheiratete ab einem Jahreseinkommen von 500.000 EUR erfasst werden, Unternehmer (Personengesellschaften, gewerbliche Einkünfte) jedoch ausgenommen sind, nur eine Beruhigungsspielle mit symbolischem Wert für die SPD-Basis.

Während die Armut von ca. 1,7 Millionen jungen Menschen, die heute auf Sozialhilfeniveau leben, eine zunehmende Tendenz aufweist, verspricht die neue Bundesregierung den Kindern von Millionären und Multimillionären weitere Steuergeschenke. Wer ein Unternehmen erbt und es zehn Jahre lang nicht veräußert, wird laut Koalitionsvertrag von der Erbschaftsteuer befreit. Dies ist ein Armutszeugnis der Regierungspolitik, das angesichts der Belastung von Geringverdienern einer Bankrotterklärung unseres Sozialstaates gleicht. Die negativen Auswirkungen von »Spar-

maßnahmen« im Jugend-, Sozial- und Gesundheitsbereich versperren künftigen Generationen die Zukunftsaussichten. Hierzu zählt auch die Beschneidung der Bundeskompetenzen im Bildungsbereich, weil die Föderalismusreform mit dem »Wettbewerbsföderalismus« einer desaströsen Konkurrenz zwischen den Bundesländern nunmehr Tür und Tor öffnet, was den (Hoch-)Schülern in finanzschwachen Ländern besonders schadet, können die guten Lehrkräfte doch leichter abgeworben werden.

Offenbar will man weniger die Armut von Kindern als die Armut an Kindern bekämpfen. Denn das künftig an die Stelle des Erziehungsgeldes tretende, ein Jahr lang gezahlte und bei 1.800 EUR pro Monat gedeckelte Elterngeld in Höhe von 67 Prozent des Nettolohns bzw. -gehalts soll vor allem hoch qualifizierte, gut verdienende Frauen motivieren, (mehr) Kinder zu bekommen und schnell wieder in den Beruf zurückzukehren. Arbeitslose und Geringverdiener/innen haben dagegen im Vergleich mit heute keine Vorteile. Auch die Altersarmut wird längerfristig eher zunehmen, wofür der geplante »Nachholfaktor« und höhere Abschläge durch Anhebung des Rentenzugangsalters von 65 auf 67 Jahre sorgen dürften. »Nullrunden« für Rentner/innen sind mit Sicherheit kein Beitrag zur »Generationengerechtigkeit«: Erstens treffen sie nicht in erster Linie jetzige Rentner/innen, sondern Jahrgänge, die gegenwärtig noch oder noch nicht erwerbstätig sind. Zweitens haben sie negative Folgen bezüglich des gesellschaftlichen Engagements und familialer Unterstützungsleistungen der Betroffenen, worunter Kinder und Enkel leiden würden. Auch verschlechtert die Erhöhung des Rentenzugangsalters die Arbeitsmarktchancen kommender Generationen. Gerade wer in den Ruf nach »Generationengerechtigkeit« einstimmt, müsste darum bemüht sein, dass auch Heranwachsende noch einen hoch entwickelten Wohlfahrtsstaat und das bisherige Maß an sozialer Sicherheit vorfinden, statt es weiter zu verringern.

Für eine noch größere soziale Schieflage sorgt die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für Unternehmen. Seit über 30 Jahren, als die sozial-liberale Koalition unter Helmut Schmidt damit begann, verabreicht jede Regierung dem Land im Grunde dieselbe Medizin: Entlastung des Kapitals und Entfesselung der Marktkräfte. Da sie nie wirkte, erhöhte man regelmäßig die Dosis, ohne zu erkennen, dass in Wirklichkeit die Medizin die Krankheit ist. Die neue Regierung folgt der alten Philosophie, dass die Arbeitslosigkeit sinke, wenn man mit den Beiträgen (der Arbeitgeber) zur Sozialversicherung die Lohnnebenkosten drückt. Es kommt aber gar nicht auf deren Höhe, vielmehr auf die Höhe der Lohn-

stückkosten an, welche in der Bundesrepublik wegen einer überproportional wachsenden Arbeitsproduktivität seit Jahren weniger stark steigen als in den mit ihr auf dem Weltmarkt konkurrierenden Ländern. Dies hat 2004 zu einem Rekordexportüberschuss in Höhe von 156,7 Mrd. EUR geführt, der 2005 trotz Dollarschwäche und hohem Mineralölpreis noch übertroffen wird. Nicht zufällig ist Deutschland – bezogen auf die Leistung pro Erwerbstätigem oder pro Kopf der Bevölkerung – mit großem Abstand »Exportweltmeister«. Hingegen das Wohl und Wehe einer Volkswirtschaft von niedrig(er)en Lohn- bzw. Lohnnebenkosten ab, wie allenthalben behauptet wird, müssten in Bangladesch und Burkina Faso eigentlich Vollbeschäftigung und Luxus herrschen. Wer die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland auf Personalzusatzkosten zurückführt, verwechselt Ursache und Wirkung: Die steigende Erwerbslosigkeit ist für hohe Lohnnebenkosten verantwortlich, aber nicht umgekehrt.

Die geplanten »Korrekturen« an Hartz IV, mit denen 3,8 Mrd. EUR jährlich eingespart werden sollen, kann man trotz Anhebung des Arbeitslosengeldes II in Ostdeutschland an seine Höhe in Westdeutschland als »Hartz V« bezeichnen, stellen sie doch eine Fortsetzung und Verschärfung des Drucks auf (Langzeit-)Arbeitslose dar. Heranwachsende und junge Erwachsene unter 25 Jahren wieder in der Abhängigkeit von ihren Eltern zu belassen und ihnen per Mittelentzug die Möglichkeit der Gründung eines eigenen Hausstandes zu nehmen, ist einer so reichen und hoch individualisierten Gesellschaft unwürdig.

Verlierer der Großen Koalition sind die Kleinen Leute; Hauptleidtragende dürften Rentner/innen, (Langzeit-)Arbeitslose, Sozialhilfebezieher/innen, Studierende, Schüler/innen und die Familien von Geringverdiener(inne)n sein. Gebildet wurde eine große Koalition gegen den Sozialstaat, der nicht nur für die Massenarbeitslosigkeit verantwortlich, sondern auch zum Sündenbock einer völlig falschen Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik der etablierten Parteien gemacht wird. Weniger Sozialstaat bedeutet nicht mehr Freiheit, sondern größere Ungleichheit, noch mehr soziale Ungerechtigkeit und wachsende Unzufriedenheit. Wohin ein Kurs der Spaltung in Gewinner und Verlierer zusammen mit sozialräumlicher Segregation (Ghettoisierung) führt, haben die oft als »Jugendkrawalle« missdeuteten Gewaltakte marginalisierter Bewohner der französischen Trabantenstädte gezeigt.

**Prof. Dr. Christoph Butterwegge** leitet die Abteilung für Politikwissenschaft an der Uni Köln  
**Seine aktuelle Buchveröffentlichung:** *Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden 2005*

## Das Wochenende der antirassistischen Adoptivenkel

von Oskar Piegsa, FREIHAFEN/respekt\* AK

**Verstärkte NPĐ Präsenz in Harburg, die Eröffnung eines rechten Life-Style-Ladens in einer Seitenstraße der Reeperbahn und eine provokante Nazi-Party, die Anfang November im Herzen St. Paulis den Clubbetrieb am Nobistor flach legte – die Szenen, die sich im vergangenen Sommer und Herbst in und um Hamburg abspielten, verhalfen dem Aktionswochenende »respekt\* – gegen alltägliche Gleichgültigkeit«, das am 19. und 20. November 2005 in die dritte Runde ging, zu unerfreulicher Brisanz.**



DJ Discher legt auf

Einen Raum für Gespräche und Denkanstöße über Gleichsein und Anderssein möchte respekt\* bieten und diesem Anspruch – zunächst einmal streng wörtlich genommen – wird das Aktionswochenende auch gerecht. Das in warmen Rot- und Orangetönen ausgeleuchtete Movimento in St. Georg fühlt sich auf Anhieb gut an. Jugendliche wuseln zwischen Café und Kickertisch umher, lassen sich mit Statements gegen Rassismus fotografieren oder bleiben schon im Vorraum interessiert und irritiert hängen, um sich durch die Ausstellung der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e. V.« über die Neonazi-Szene in Deutschland zu informieren.

**Wie in den Vorjahren** beginnt der offizielle Teil von respekt\* auch 2005 mit einem Workshop-Programm am Samstagnachmittag. Trotz der zeitgleichen Demo gegen die Kiezpräsenz lokaler Nazis sind die Seminare dabei noch besser besucht als im Vorjahr. Besonderer Aufmerksamkeit erfreut sich der Workshop von Zissi Saueremann und Thorsten Hahnel vom miteinander e.V., die extra aus Halle in Sachsen-Anhalt

angereist sind, um aus ihrer Arbeit zu berichten und Hilfestellungen zur Opferhilfe rechter Übergriffe zu leisten. Neben dem – ergänzend zum inhaltlichen Teil angebotenen – Swing- und Lindy-Hop-Crashkurs der Tanzlehrerin Kerlin Da Silva werden auch die eher theoretischen Workshops zu Antisemitismus, Rassismus und Geschichtsrevisionismus gut angenommen. »Was ist Rassismus eigentlich?«, fragt die Diplompädagogin Tina Scheef sich und ihre Teilnehmer; Olaf Kistenmacher von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme sucht nach aktuellen Spuren des Antisemitismus in unserer Gesellschaft und Journalist und Buchautor Andreas Speit fühlt u.a. an Hand des Filmes »Der Untergang« dem gegenwärtigen Geschichtsverständnis auf den Zahn.



... und kommt an

Der Samstag findet seinen Höhepunkt in dem kulturell/politischen Abendprogramm durch das – wie in vergangenen Jahren – ein Überlebender des Naziterrors führt: Günther Discher, mit seinen 80 Jahren und im feinen Anzug gleichermaßen ältester und bestangezogenster DJ Deutschlands berichtet aus seiner widerspenstigen Jugend im Nationalsozialismus. Discher war in der Hamburger Swingjugend aktiv, die sich der Normkultur durch die faschistischen Jugendorganisationen entzog und durch anglo-amerikanische Musik, Mode und Lebensfreude bald als jugendkulturelle Entartung unterdrückt und verfolgt wurde.

**Der Altmeister** beginnt seinen Auftritt surreal. Was als atmosphärischer Swing-Abend angekündigt und erwartet worden war, beginnt als »Radio zum Zuschauen«. Auf der Bühne, die eigens für diesen Zweck mit tapezierten Stellwänden, Ohrensessel und (nicht hundertprozentig stilechtem) Nierentisch in ein altertümliches Wohnzimmer umdekoriert worden war, nimmt Günther Discher Platz und beginnt sein Programm. Er kündigt einen Swingtitel an, erzählt kurz etwas zu seiner Geschichte, setzt



sich, spielt die knisternde Aufnahme komplett aus, erhebt sich nach den dreieinhalb Minuten Musik aus seinem Sessel, kündigt den nächsten Titel an, drückt Play, setzt sich wieder. Zwischendurch Anekdoten, wie die von einer Big Band, die auf den ausdrücklichen Naziwunsch, man solle doch nun einmal eine deutsche Komposition spielen und nichts amerikanisches mehr, »Bei mir bist du schön« des jüdischen Komponisten Sholom Secunda anstimmte. Oder die von dem Orchester, das von den Notenbögen die Kopfzeilen abschneidet, so dass die Nazis gar nicht erst erkennen konnten, ob es sich bei den instrumentalen Titeln um eine deutsche oder ausländische Komposition handelte.

**Wenn auch** mancher anderes erwartet haben mag – zwei aufgebrezelte jugendliche Swingboys, die in ihre Nadelstreifenanzügen offensichtlich weniger Geschichtsunterricht erwartet hatten verschwinden bald wieder polternd von der Bildfläche – werden alle, die sich auf die ungewohnte Atmosphäre einlassen von Dischers schelmischem Charme in den Bann geschlagen. Immer wieder bekommt man während des Vortrages von der Seite zugeflüstert, einen solchen Opa wolle man doch auch mal adoptieren. Mindestens, um beim familiären Zusammenkommen an Weihnachten die Stille Nacht durch ein paar Hot-Scheiben aufgemöbelt zu bekommen. Als Discher kurz und mit plötzlich brüchiger Stimme Nachfragen zu seiner Verschleppung ins Jugendkonzentrationslager Mohrigen beantwortet, wird jedoch plötzlich der Kontext klar. Das Schmuggeln und Verkaufen von Jazzplatten stellte in den frühen vierziger Jahren keine Streiche dar, sondern, wenn auch vielleicht eher unfreiwillig, lebensgefährliche Widerstandskaktionen.

**Als Discher** dann nach seinem Vortrag zu Jazzgeschichte und NS-Alltag und dem Beantworten der Publikumsfragen das Mikrophon aus der Hand legt, um in den informellen Teil des Abends überzugehen, reißt es die bereits als frenetische Mitwipper aufgefallenen Anwesenden aus ihren Sitzen. Bald wird klar, wieso die mutigeren Zeitgenossen von Discher diese Musik dem von oben diktierten Militärgemarsche vorgezogen. Jugendlicher Hedonismus und politische Selbstbestimmung kann durchaus einen mitreißenden gemeinsamen Nenner finden. Und während vorne elegant bis ausgefallen geschwooft wird, staunt weiter hinten so mancher, der mit Weinglas in der Hand die Volltotale wahrte, mit welcher Leichtigkeit es Discher, der zum Lesen seiner CD-Etiketten die Scheiben bis 10 cm vor seine Augen führen muss, gelingt, zwei Dutzend Adoptivenkel zum Tanzen zu bringen. Kein Wunder also, dass es bis weit nach Mitternacht dauert, bis DJ Discher die Stimmung langsam herunterfährt, sich in seinen Mantel schlägt und mit einem Augenzwinkern an die noch ver-



bes(ch)wingtes ...

sammelten Damen im Raum zu seinem Taxi aufbricht.

Dass nach einer solchen Nacht ein nahrhaftes Frühstück dringend Not tut, mag einer der Gründe sein, warum die Frühstücksmatinee am Sonntagvormittag, mit der respekt\* traditionell ausklingt, mit über 100 Anwesenden ebenfalls gut besucht ist. Zum Kaffee und O-Saft gereichen die »Swinging Hafenjungs« Livemusik und nachdem die letzten Brötchen bestrichen sind, lädt der Vortrag »Themen der Rechten – Themen der Mitte« noch einmal zum Nachdenken ein. Leider schafft es der Referent Alexander Häusler nach dem Vorstellen einiger neurechter Publikationen und Think Tanks nicht, das durchaus dubiose Nationalverständnis der »Du bist Deutschland«-Kampagne für das junge Publikum verständlich aufzubereiten. Vom völkischen Weltbild ist da die Rede, von Sozialdarwinismus, einmal gar vom adornischen Theorem – Zwischenfragen mit der Bitte um Erläuterung sind dringend angebracht und werden von dem Politikwissenschaftler nicht immer dankbar beantwortet.

**Dennoch** sind die Veranstalter aus der Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände (AGfJ), des Pfadfinderinnen und Pfadfinder Bund Nord und die Medienpartner des Jugendmagazins FREIHAFEN mit der Veranstaltung hoch zu frieden. Dass es trotz »Du bist Deutschland« nicht hip ist, unreflektiert mit der Geschichte umzugehen, dass es trotz immer frecheren Nazivorstößen auch in Hamburg immer noch Jugendliche mit Mut zum Widerstand gibt, hat die auf über 300 Teilnehmer gestiegene Nachfrage an respekt\* bewiesen. Der Arbeitskreis, der sich zur Organisation des Wochenendes in der AGfJ zusammen gefunden hat, will daher nicht loslassen und zusätzlich zu dem für kommenden Herbst geplanten vierten Auflage des Aktionswochenendes unregelmäßig kleinere Veranstaltungen wie Film- und Informationsabende



und konzentriertes Miteinander

anbieten. Wer sich für respekt\* interessiert oder zukünftige Veranstaltungen mitgestalten will, ist herzlich eingeladen. Kontakt: mail@agfj.de

Ein ausführliches Interview mit Günter Discher ist in FREIHAFEN 6/05 erschienen, eine Buchrezension zu weiterer Lektüre zur Hamburger Swingjugend in FREIHAFEN 3/05, beide online in der Magazinsektion auf [www.freihafen.org](http://www.freihafen.org).

## Fortgesetzte Irritationen

### Nachwahl zum Jugendhilfeausschuss Harburg

**Durch den Rücktritt** einer Vertreterin der freien Träger ist im JHA Harburg z. Zt. ein Sitz vakant und damit der Fall eingetreten, der in letzten punkum-Ausgabe 4-05 beschrieben wurde. Obwohl der Sitz noch gar nicht ausgeschrieben war, schlugen die Jugendverbände unverzüglich zwei Kandidaten aus ihren Reihen vor.

Zwischenzeitlich haben auch Bezirksversammlung (BV) und Bezirksamt reagiert und für neue Irritationen gesorgt. Nach dem die Parteien in der BV Harburg sich für eine Nachbesetzung des vakanten Sitzes und für eine Neu-Ausschreibung entschieden hatten, obwohl dem Bezirk noch Vorschläge aus mehreren abgebrochenen Wahlgängen vorliegen, reagierte das Bezirksamt Ende November mit einem Schreiben an die freien Träger, in dem es diese aufforderte bis zum 31. Januar 2005 Vorschläge für den Jugendhilfeausschuss zu unterbreiten.

**Seltsamkeiten.** Einen Termin zu setzen, der seit fast einem Jahr abgelaufen ist, mag noch als Flüchtigkeitsfehler unbeachtlich sein, die restlichen Behauptungen in der Ausschreibung sind es nicht.

Der Bezirk erweckt mit der Formulierung, dass dem JHA bisher kein Vertreter der Jugend- oder Wohlfahrtsverbände angehören würde, den Ein-



druck, als ob beide Gruppen nicht im JHA vertreten sein, obwohl dem Ausschuss mehrere Vertreter der Wohlfahrtsverbände angehören, jedoch keine aus dem Bereich der Jugendverbände.

Unter Bezug auf § 5 AG KJHG (Frauenquorum) fordert das Bezirksamt die Träger weiterhin auf, eine weibliche Vertreterin vorzuschlagen, da die freien Träger der Jugendhilfe zur Hälfte Frauen vorschlagen sollen. Als die jugendpolitischen Sprecher der schwarz-grünen Regierungsfractionen den LJR im vergangenen Jahr aufforderten, einen bestimmten Kandidaten vorzuschlagen, den man dann wählen würde, herrschte Ratlosigkeit, als der LJR unter Verweis auf die selbe Vorschrift darauf hinwies, dass ein zweiter Vorschlag des LJR eine Frau wäre, man den Mann also gar nicht vorschlagen könne. Nun hat der Bezirk seinerseits das Frauenquorum als Steuerungsinstrument entdeckt, allerdings ohne es richtig anzuwenden.

Die Vorschrift des § 5 Ausführungsgesetz richtet sich primär nicht an die freien Träger, sondern soll bei der Neuwahl bzw. Konstituierung des Jugendhilfeausschusses Anwendung finden. In diesem Fall soll die Bezirksversammlung, die Adressat des Gesetzes ist, Männer und Frauen zu gleichen Teilen berücksichtigen. Das Bezirksamt kann und darf zwar darauf hinweisen, dass eine Frau ausgeschieden ist, es darf aber nicht das Vorschlagsrecht der freien Träger dahingehend einschränken, dass diese (nur) Frauen vorschlagen sollen, die Vorgehensweise ist somit durch die Vorschriften des KJHG nicht mehr gedeckt.

**Nur für den Fall**, dass ein Träger zwei oder mehr Personen vorschlägt, muss er ebenfalls die Regelung des § 5 AG KJHG zwingend berücksichtigen und sowohl eine Frau als auch einen Mann vorschlagen. Dies gilt dann wieder nur für den einzelnen Träger, nicht jedoch das Trägerspektrum oder gar alle freien Träger – hierfür müssten die Träger sich auch absprechen. Absprachen unter freien Trägern sind jedoch in Harburg überhaupt nicht gern gesehen und werden schon mal als »Kartellbildung« (Fischer) verunglimpft.

**Das Anliegen führt** auch inhaltlich in die Irre. Bisher gehören dem Ausschuss mehr Frauen als Männer an. Die freien Träger sind bisher mit vier Frauen und zwei Männern im Ausschuss vertreten. Die CDU jedoch schickt drei Männer und eine Frau in den Ausschuss; vielleicht sollte man da ansetzen.

»So oder so«, formulierte es ein Beobachter, »das Bezirksamt macht keine gute Figur: entweder werden die einschlägigen Vorschriften einfach nicht verstanden oder sie werden ignoriert« – beides kann sich die Verwaltung nicht erlauben. (mb)

## Komplettiert: der neue Vorstand des Landesjugendringes Hamburg

Vollversammlung wählt Rike Rosa Bracker (SJD – Die Falken) in den Vorstand



Macht den LJR-Vorstand komplett: Rike Rosa Bracker

**Die letzte LJR-Vollversammlung** im Oktober schuf ein Interregnum. Mit der Neuwahl von Eike Schwede (Sportjugend) sowie der Wiederwahl von Hans-Jürgen Plate (Evangelische Jugend) und Anne Fritzier (Jugendrotkreuz) blieb ein Vorstandsposten vakant, so dass der neue Vorstand sich nicht satzungskonform konstituieren konnte. Für die damit entstandene Übergangszeit bis zur Fortsetzung der Wahl im Dezember blieb daher der alte LJR-Vorstand geschäftsführend weiter tätig. Marc Buttler (AGfJ/BDP) und Stefan Karrasch (Sportjugend), die nach langer Vorstandstätigkeit ihr Ausscheiden angekündigt hatten, füllten zusammen mit Anne Fritzier und Hans-Jürgen Plate das Interregnum aus.

Die dadurch notwendig gewordene Vollversammlung am 20. Dezember 2005 wählte nun Rike Rosa Bracker im ersten Wahlgang in den Vorstand und komplettierte damit das Gremium, das somit seine zweijährige Amtsperiode angetreten hat.

**Rike Rosa Bracker** (25 J., angehende Diplompädagogin) ist jahrelang Vorsitzende der SJD – Die Falken gewesen und hat in dieser Zeit auch engagiert in den Gremien des Landesjugendringes mitgearbeitet. Nicht allein mit diesen Erfahrungen wird sie die fachpolitische Kompetenz des Landesjugendringes stärken.

Damit hat der Landesjugendring den Generationswechsel im Vorstand abgeschlossen: mit Eike Schwede (23 J., Sportjugend), Rike Rosa Bracker (25 J., SJD – Die Falken), Anne Fritzier (28 J., Jugendrotkreuz) und Hans-Jürgen Plate (31 J., Evangelische Jugend) ist der LJR jung aufgestellt und repräsentiert das breite Spektrum der Hamburger Jugendverbände.

## Ausbildung zum/r Jugendleiter/in

LJR-Seminare 2006

Offen für alle Verbände, zeitlich kompakt, thematisch intensiv – dies zeichnet die LJR-Ausbildungsseminare zum/r Jugendleiter/in aus. Die JL-Kurse gehen jeweils über zwei Wochenenden und finden im Niels-Stensen-Haus in Wentorf (bei Hamburg) statt. Beginn ist jeweils freitags um 18 Uhr, Ende sonntags gegen 15 Uhr.

### Themen:

- Rolle und Aufgabe eines/r Jugendgruppenleiter/in
- Gruppenpädagogik und Gruppenregeln
- Rechtsgrundlagen
- Jugendpolitische Partizipationsmöglichkeiten
- Öffentlichkeitsarbeit
- Motivation
- Projektplanung
- Spiele
- Förderungsmöglichkeiten der Jugendarbeit
- aktuelle jugendpolitische Themen
- Prävention sexualisierter Gewalt

**Kurs 1:** 28. – 30. April und 19. – 21. Mai

**Kurs 2:** 3. – 5. November und 17. – 19. November 2006

**Ort:** Niels-Stensen-Haus | Billeweg 32  
21465 Wentorf (bei Hamburg)

### Info und Anmeldung:

Landesjugendring Hamburg e.V.  
Tel.: (040) 317 96 116 | info@ljr-hh.de

**Teilnahmegebühr:** 21 € für  
Jugendverbandsmitglieder (sonst 165 €)

Anzeige

Der Spaß am Job, ein perfekter Arbeitsablauf und ein gelungenes Produkt sind für uns Motivation genug, jeden Tag kompetent und engagiert Ihre Aufträge umzusetzen.



**Nehr Offsetdruck Media**

Antonie-Möbis-Weg 3 • 22523 Hamburg  
Telefon 040 / 57 19 73-0 • Telefax 040 / 571 09 62



## Halbjahresprogramm 2006 29. Januar – 25. Juni

*Sonntag, 29. Januar 2006 um 14 Uhr*

### Jüdisches Leben in Hamburg

Rundgang mit Marco Kühnert

**Treffpunkt:** Niedersächsische

Provinzialloge | Moorweidenstr. 36

*Sonntag, 12. März 2006 um 14 Uhr*

### Die besondere Situation von Frauen im Konzentrationslager

Rundfahrt mit Ulrike Jensen

**Treffpunkt:** ZOB | Adenauer-Allee 78

*Sonntag 9. April 2006 um 15 Uhr*

### Fußball im Nationalsozialismus

Rundfahrt mit Lars Lust

**Treffpunkt:** ZOB | Adenauer-Allee 78

*Freitag, 21. April 2006 um 14 Uhr*

### Alternativer Uni-Rundgang

mit Volker Honold

**Treffpunkt:** Uni Hauptgeb.

Edmund-Siemers-Allee 1

*Sonntag, 23. April 2006 um 10 Uhr*

### Widerstand und Verfolgung in Hamburg 1933-1945 und der Ohlsdorfer Friedhof

Veranstaltung der KZ-Gedenkstätte

Neuengamme

*Sonntag, 23. April 2006 um 15 Uhr*

### Alternative Hafensrundfahrt

Veranstaltung der KZ-Gedenkstätte

Neuengamme

*Sonntag, 7. Mai 2006 um 10 Uhr*

### Literatur, Kunst und Kultur 1933-1945 Spaziergang über den Ohlsdorfer Friedhof

Veranstaltung der KZ-Gedenkstätte

Neuengamme

*Sonntag, 7. Mai 2006 um 15 Uhr*

### Hamburg im Nationalsozialismus

Veranstaltung der KZ-Gedenkstätte

Neuengamme

*Samstag, 13. Mai 2005 um 11 Uhr*

### Harburg im Nationalsozialismus

Rundgang mit Frank Lehmann,

Dagny Eggert und Burkhard Kleinke

**Treffpunkt:** S-Bahnhof Harburg Rathaus

Ausgang Knoopstraße

*Sonntag, 28. Mai 2006 um 12 Uhr*

### Swing-Jugend in Hamburg

Rundfahrt mit Lars Lust

**Treffpunkt:** ZOB | Adenauer-Allee 78

*Samstag, 3. Juni 2006 um 14 Uhr*

### Hamburger Theater im Dritten Reich

Rundgang mit Burkhard Kleinke

**Treffpunkt:** Axelspringerplatz

Axelspringerplatz 1

*Sonntag, 11. Juni 2006 um 10 Uhr*

### Widerstand und Verfolgung in Hamburg 1933-1945 und der Ohlsdorfer Friedhof

Veranstaltung der KZ-Gedenkstätte

Neuengamme

*Sonntag, 11. Juni 2006 um 15 Uhr*

### Alternative Hafensrundfahrt

Veranstaltung der KZ-Gedenkstätte

Neuengamme

*Sonntag, 18. Juni 2006 um 14 Uhr*

### Fußball im Nationalsozialismus

Rundfahrt mit Jörg Petersen

**Treffpunkt:** ZOB | Adenauer-Allee 78

*Sonntag, 25. Juni 2006 um 15 Uhr*

### Widerstand und Verfolgung und der Hamburger Hafen

Veranstaltung der KZ-Gedenkstätte

Neuengamme

## Alternative Stadtrundfahrten

**Info:** ein Flyer mit Infos zu allen Fahrten kann beim Landesjugendring (Tel: 31 79 61 14) kostenlos bestellt werden

**Karten:** beim LJR | Güntherstrasse 34 | 22087 Hamburg

**Internet:** Auf der Homepage des Landesjugendringes Hamburg ([www.ljr-hh.de](http://www.ljr-hh.de)) stehen aktuelle Informationen zu den Alternativen Stadtrundfahrten. Alle offenen Fahrten können online gebucht werden.

**Gruppenfahrten:** Gruppen können die Alternativen Stadtrundfahrten als Angebot der politischen Jugendbildung buchen. Die Preise für Gruppen bis zu 40 Teilnehmern betragen für Hamburger Schulklassen 117,80 € sowie für Hamburger Jugendverbände 97,80 €. Aus organisatorischen Gründen ist für Gruppenfahrten eine Anmeldung beim LJR ca. zwei bis drei Wochen vor dem gewünschten Termin notwendig. Die meisten unserer Routen werden auch als Rundgang (für 67 €) angeboten

**Preise für Rundfahrten:** 7 €

(5 € ermäßigt)

**Rundgänge:** 3 €